

I-5

Titel	Für Frieden, Abrüstung und das Ende von Russlands Angriffskrieg
Antragsteller*innen	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

Für Frieden, Abrüstung und das Ende von Russlands Angriffskrieg

- 1 Friedenspolitischer Grundsatzbeschluss zu unserem Internationalismusverständnis in den 2020er Jah-
2 ren
- 3 Ergebnis des Solidaritätsprojekts Ukraine gemäß des Antrags "Gegen das Sondervermögen" von der Landes-
4 konferenz im Mai 2022
- 5 Vorwort – Das Projekt
- 6 Auf der Landeskonferenz im Mai 2022 wurde ein Initiativantrag beschlossen, der den Landesvorstand beauf-
7 tragt hat, ein Projekt einzurichten, um eine fundierte Antwort auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu
8 finden. Im Licht der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen "Zeitenwende" nehmen wir wahr, dass gera-
9 de in der politischen Linken eine kontroverse Diskussion über die Zukunft unserer Friedenspolitik entbrannt
10 ist. Gerade die Frage nach Waffenlieferungen an die Ukraine, um sich gegen russische Angriffe verteidigen zu
11 können, hat Gräben zwischen Organisationen aufgerissen oder gar noch vertieft. Heute, ein Jahr nach Kriegs-
12 ausbruch, sehen wir zudem noch eine Friedensbewegung auf den Straßen, die immer häufiger von Russlands
13 Propaganda und einseitigen Aufforderungen an Ukrainer*innen, die Waffen niederzulegen, geprägt ist.
- 14 Unser Platz ist an der Seite derer, die sich gegen Gewalt, Verfolgung und Unterdrückung auflehnen. In einer
15 Welt, in der sich nicht mehr zwei Großmächte und ihre Ideologien gegenüberstehen, sondern sich mehr und
16 mehr autoritäre und imperialistische Machtzentren bilden, ist es nicht leicht, eine sozialistische Friedenspolitik
17 für das 21. Jahrhundert zu formulieren. Dieser Antrag hat daher nicht das Ziel, eine endgültige Antwort zu
18 finden. Vielmehr soll er uns helfen, durch diese unsicheren und bedrohlichen Zeiten navigieren zu können.
19 Unseren Prinzipien treu bleiben zu können, indem wir sie in die Zukunft tragen und die uns zur Verfügung
20 stehenden Mittel nutzen, um wieder für mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit zu sorgen.
- 21 Unser Verständnis von internationaler Solidarität ist geprägt vom Zuhören und von der Wahrnehmung unserer
22 Genoss*innen, die vor Ort unter den unmittelbaren Folgen und Bedingungen des Kriegs leiden müssen. In
23 diesem Geist wurde dieses Projekt durchgeführt, das alle unsere Haltungen in der internationalen Politik auf
24 den Prüfstand gestellt hat. Dieser Antrag ist das schriftliche Ergebnis des Projekts.
- 25 I. Unsere Antwort an Putins Angriffskrieg
- 26 Deutschlands fehlgeschlagene Russlandpolitik
- 27 Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte sich ein Europäisch-Russisches Verhältnis, das zu-
28 nächst hoffnungsvoll begann. Ein demokratisches Russland, das eng mit den europäischen Ländern zusam-
29 menarbeitet, schien in greifbarer Nähe. Es kam anders. Insbesondere Deutschland nahm eine unrühmliche
30 Rolle ein, in dem es autokratische Tendenzen hingenommen und aus unternehmerischen Abwägungen un-
31 terstützt hat, das Prinzip "Handel durch Wandel" als Vorwand genommen hat, um ein entstehendes autokra-
32 tisches Regime zu stabilisieren.
- 33 Nicht einmal der Angriff auf Georgien, die Annektion der Krim 2014, die zunehmende Verfolgung von Men-
34 schenrechtler*innen, der LGBTIQ+ community oder von Journalist*innen haben gereicht, um einen Kurs-

35 wechsel der deutschen Russlandspolitik herbeizuführen. Die Interessen von Kapital und Geschäft sowie ein
36 Desinteresse in der Zivilgesellschaft an der demokratischen und sozialistischen Opposition in Russland haben
37 gefehlt. Es blieb ein Land weit weg von Europa.

38 Zusätzlich belastet wird die Beziehung durch bestimmte Geschäftskontakte. Zum einen haben wir hier SPD-
39 Altkanzler Gerhard Schröder. Nach seiner Amtszeit ist er in Russland u.a. bei Rosneft, Gazprom und dem Auf-
40 bau der Nord Stream Pipelines tätig geworden. Schröder ist seither Lobbyist für den Energiehandel zwischen
41 Russland und Deutschland, trotz klar hörbarer Warnungen aus Mittel- und Osteuropa. Er gilt als Schlüssel-
42 figur im unkritischen Kurs gegenüber dem Putin-Regime, er hat vieles erst möglich gemacht. Wir verurtei-
43 len dies aufs Schärfste und fordern unter anderem deswegen den Ausschluss von Gerhard Schröder aus der
44 SPD.

45 Ebenfalls zu kritisieren ist Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Diese traf
46 sich 2021 mit Oleg Eremenko. Nach Recherchen wurde bekannt, dass dieser früher für den Geheimdienst
47 GRU tätig war. Allgemein ist davon auszugehen, dass sie sich aufgrund von Nord Stream 2 mit russischen
48 Gas-Unternehmen häufiger getroffen hat als ursprünglich angenommen wurde. Auch ist ihr mangelnde Trans-
49 parenz bei der von ihrem Bundesland eingerichteten "Klimaschutzstiftung" vorzuwerfen. Diese wurde haupt-
50 sächlich dazu erschaffen, um von den USA auferlegte Sanktionen bezüglich des Baus von Nord Stream 2 zu
51 umgehen und die Pipeline schnellstmöglich fertigzustellen.

52 Deutschland und insbesondere die Sozialdemokratie müssen sich eingestehen, dass sie Russland nicht gut
53 genug im Blick hatten. Es hätte angemessener auf die russischen Offensiven, die auf Transnistrien, Georgien,
54 den Donbass und auch auf die ukrainische Halbinsel Krim durchgeführt wurden, reagiert werden müssen. Es
55 gab genug Warnungen, doch keine wurde ernst genommen. Auch wir Jusos hätten lauter, deutlicher und kla-
56 rer sein können. Heute fehlt das Netzwerk zur russischen Opposition, das so wichtig wäre im Kampf gegen
57 Putin von innen heraus. Bei denjenigen, die uns jahrelang vor der politischen Lage in Russland gewarnt ha-
58 ben, bitten wir um Entschuldigung für die Nichtbeachtung, für das Wegwischen, für das Festhalten an einem
59 Entgegenkommen gegenüber Putin. Das hätte nicht passieren dürfen.

60 Unsere Reaktion auf den Angriffskrieg

61 Was sich nach Berichten ausländischer Geheimdienste schon Wochen und Monate vor dem 24. Februar 2022
62 langsam abgezeichnet hatte, schockierte Europa und die Welt dennoch. Unsere unmittelbare Reaktion darauf
63 war Solidarität und gleichzeitige Verurteilung des grausamen, vollumfänglichen Überfalls Russlands auf die
64 Ukraine. Putins grenzenlose Aggression war der Welt nicht erst seit dem Überfall auf die Ukraine bekannt. Wir
65 haben jedoch schnell festgestellt, dass der Krieg nicht der Krieg der russischen Zivilgesellschaft ist, sondern
66 einzig und allein von einem Mann ausgeht. Unser oberstes Ziel lautete, lautet und wird lauten: Frieden.

67 Bei der Verfolgung dieses Ziels verabschiedete der Landesvorstand am 1. März 2022 jedoch ein Positions-
68 papier, das für uns heute in einem wesentlichen Punkt nicht mehr tragbar ist. Wir stehen weiterhin zu den
69 wirtschaftlichen Sanktionen, die von der Weltgemeinschaft auf Russland auferlegt wurden. Ein Punkt, zu dem
70 wir heute jedoch nicht mehr stehen können, ist das Ablehnen von Waffenlieferungen an die Ukraine. Nach
71 mehr als einem Jahr Krieg – und schon deutlich früher – wurde klar, dass die umfangreichen Waffenlieferun-
72 gen des Westens an die Ukraine nicht nur notwendig, sondern auch unterstützenswert sind. An dieser Stelle
73 ist für uns klar: Anders als es einige "pazifistische" Bewegungen, wie die von Sahra Wagenknecht und Alice
74 Schwarzer, behaupten, dienen diese Waffenlieferungen der Ukraine nicht zur Eskalation einer Konfliktspira-
75 le oder gar zu einem dritten Weltkrieg. Sie sind in jedem Fall notwendig, damit die ukrainische Bevölkerung
76 ihre Souveränität, ihr Staatsgebiet, ihre Kultur und ihre Mitmenschen schützen und die Putinsche Aggression
77 abwehren kann. Forderungen nach einem einseitigen Waffenstillstand oder einer Einstellung der westlichen
78 Unterstützung sind hirnrissig und leugnen die wahren Gegebenheiten in diesem Konflikt: Die Aggression geht
79 einzig und allein von Russland aus, und wenn die Ukraine diesen Aggressionen weicht, gibt es keine Ukraine
80 mehr. Das einzige Friedensszenario ist ein Szenario, in dem die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet inklusive
81 der Krim wiedergewinnt. Auch wenn unklar ist, wann und auf welchem Wege das mit dem heutigen Russland
82 möglich sein wird, ist ein Abrücken von diesem Ziel nicht vertretbar. Ein EU-Mitgliedschaft soll der Ukraine auch
83 dann ermöglicht werden, wenn Teile des ukrainischen Territoriums besetzt sind. Für die daraus resultierenden
84 Herausforderungen muss Europa eine Lösung finden, um dem Willen der Menschen in der Ukraine, Teil der
85 EU zu werden, entgegenzukommen. Ein ähnliches Verfahren muss auch für Georgen möglich sein, solange es
86 nicht zur Rückgabe von Abchasien und Südossetien kam.

87 Was außerdem klar ist: Bei Waffenlieferungen endet unsere Solidarität nicht. Vor und besonders seit Beginn
88 des Krieges stehen wir im engen Austausch mit unseren Partner*innen- und Schwesterorganisationen in der
89 Ukraine. Dazu gehört auch die SD Plattform – am 16. Januar 2023 veröffentlichte diese eine Mitteilung zu ak-
90 tuellen Raketenangriffen auf die Ukraine. Dort betont die Organisation, wie wichtig es ist, zu kommunizieren,
91 dass einzig Russland für die aktuell hervortretende Krise in Europa zuständig ist. Sie stehen für eine “sozialde-
92 mokratische Agenda” mit internationaler Unterstützung und wir möchten sie und weitere uns nahestehende
93 Gruppen dabei unterstützen.

94 Neben Waffenlieferungen und Partnerschaften in die Ukraine ist auch die humanitäre Hilfe ein essentieller Be-
95 standteil der Bemühungen um einen Frieden. In der Ukraine wurde durch den russischen Angriffskrieg, durch
96 Mord, Vergewaltigung und massiven Beschuss ziviler Infrastruktur eine humanitäre Krise von unvorstellbarem
97 Ausmaß ausgelöst. Ganze Landstriche sind tagelang von der Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung abge-
98 trennt. Dadurch ist es wichtig, dass die Staaten auf diplomatischer Ebene die Ukraine nicht mit notwendigen
99 Materialien und finanziellen Mitteln versorgen, die sie benötigt, um die russische Aggression zu überstehen.
100 Auch müssen alle Menschen – ganz gleich, welcher Herkunft oder Ethnizität – die sich dazu entscheiden, nach
101 Deutschland zu flüchten, sofort und bürokratisch aufgenommen werden können. Wir begrüßen die Anstren-
102 gungen der Kommunen und der Bundesregierung, die in diese Richtung bislang getroffen worden sind. Wei-
103 tere Hilfen sind hier jedoch gefragt, um die Situation für die Menschen vor Ort und in Deutschland so weit zu
104 verbessern wie möglich.

105 Unsere Partner*innen und was wir erreichen wollen

106 Internationale Solidarität lebt vom Zuhören, vom Verständnis und dem Bilden von Zusammenhalt jenseits
107 staatlicher Diplomatie. Wir leiten unsere politischen Konsequenzen nicht aus einer Beobachtung aus der Fer-
108 ne, sondern aus dem aktiven Dialog mit Gleichgesinnten in den Regionen ab. Damit übernehmen wir nicht
109 unreflektiert Positionen anderer Organisationen, sondern betonen unseren Anspruch, Forderungen der inter-
110 nationalen Politik stets auf den Prüfstand der Realität vor Ort zu stellen.

111 Sozialistisch-demokratische, progressive und sozialdemokratische Kräfte haben es in der Ukraine nicht leicht,
112 doch wie in jedem anderen Land der Welt gibt es selbstredend organisierte junge Menschen mit linken po-
113 litischen Ansichten. Die Jugend der SD Plattform in der Ukraine ist uns als Schwesterorganisation über YES
114 und IUSY die erste Ansprechstelle. Auch andere sozialistische Organisationen, wie zum Beispiel Sotzialistij
115 Ruch, können eine relevante Anlauf- und Informationsstelle für eine sozialistische Perspektive aus der Ukraine
116 sein.

117 Mit dieser Herangehensweise positionieren wir uns unmissverständlich gegen vermeintliche Friedensakti-
118 vist*innen, die ungeachtet linker Bewegungen in der Ukraine einen sofortigen Waffenstillstand fordern. Wir
119 verurteilen diese Aufrufe, die zu oft lediglich dem Erregen von Aufmerksamkeit durch künstliche Kontroverse die-
120 nen, auf das allerschärfste. Im Einklang mit Sozialist*innen und progressiven Jugendbewegungen vor Ort stel-
121 len wir fest, dass in den aktuell durch Russland besetzten und annektierten Gebieten ethno-nationalistische
122 Gewalt und Unterdrückung drohen. Die Kriegsverbrechen von Butscha sind ein mahnendes Beispiel für die
123 Entthemtheit von Putins Kriegsführung. Daraus lässt sich nicht schließen, dass ein Entgegenkommen die La-
124 ge der Menschen verbessern würde.

125 Wir erklären es daher zu unserem Ziel, die Möglichkeit der Selbstverteidigung der überfallenen Menschen in
126 der Ukraine sicherzustellen, Fluchtwege offen zu halten sowie umfassende humanitäre Hilfe zu gewährleisten.
127 Weder wir noch unsere Partner*innen möchten dabei einen Kriegseintritt von NATO-Staaten, um eine weitere
128 Phantomdebatte aufzulösen. Die Annektierungen Russlands dürfen nicht anerkannt werden, ein Hinwirken
129 auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine bleibt das Ziel. Dabei ist uns klar, dass dieses
130 Ziel nicht in kurzer Zeit zu erfüllen ist und wir die Aufmerksamkeit nicht abwenden dürfen. Ein Waffenstillstand
131 ist nur dann denkbar, wenn dies der Wille der Bevölkerung in den Kriegsgebieten ist und darf nicht über die
132 Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden.

133 Auch nach dem Krieg dürfen wir die Ukraine nicht vergessen. Den Wiederaufbau von Demokratie, Sozialismus
134 und die Stärkung feministischer sowie antifaschistischer Kräfte in der Ukraine werden wir tatkräftig unterstüt-
135 zen. Insbesondere die langfristigen Folgen eines Krieges, die angerichteten Traumata und die aufgezwungene
136 Militarisierung einer ganzen Gesellschaft zählen zu den größten Herausforderungen. Der zivilgesellschaftliche
137 Dialog und Austausch muss etabliert werden, die Ressourcen unseres Verbandes müssen genutzt wer-
138 den.

139 II. Wir sind Internationalist*innen

140 Internationalismus heißt Antimilitarismus

141 **Antimilitarismus in unserer Bewegungsgeschichte**

142 Als sich 1907 die "Sozialistische Jugendinternationale" (heute: IUSY) in Stuttgart gegründet hat, sah sie sich mit
 143 einer Welt des zunehmenden Nationalismus und der Aufrüstung konfrontiert, die im Ersten Weltkrieg münde-
 144 te. So ist es gekommen, dass Antimilitarismus und der Einsatz für Abrüstung und Frieden ein Grundpfeiler der
 145 sozialistischen Jugendarbeit wurden. Die Kriegstreiberei Deutschlands, die im Naziterror gipfelte, festigte die-
 146 se Haltung in der Lösung: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus. Gerade die Flucht und Verfolgung von So-
 147 zialist*innen und Kommunist*innen, die von Nazi-Deutschland angerichteten Kriegsverbrechen, darunter die
 148 Shoa, der Überfall seiner Nachbarländer und das Anzetteln des Zweiten Weltkrieges, prägen unseren Kampf
 149 gegen Krieg, Waffen, Völkermord und Gewalt maßgeblich. Dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen
 150 darf, weder als Beihilfe, noch als Aggressor, ist ein unverrückbarer Teil unserer Identität als Jungsozialist*innen
 151 und Antifaschist*innen.

152 Die antimilitaristische Jugend stand oft im Widerspruch zur Mehrheitssozialdemokratie: Die Zustimmung zu
 153 den Kriegskrediten, die Niederschlagung der Revolution von 1918 tauchen selbst heute noch häufig in der poli-
 154 tischen Auseinandersetzung auf, sowie die schnelle Zustimmung der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik,
 155 der NATO-Doppelbeschluss, die atomare Teilhabe oder die ersten Kriegseinsätze des deutschen Militärs nach
 156 1945.

157 Unser Militarismusbegriff ist demnach tief in der Geschichte unserer Bewegung verwurzelt und stellt sich der
 158 Frage: Warum gibt es Krieg? Die Definition der Zweiten Internationalen, der auch Rosa Luxemburg und Karl
 159 Liebknecht zuzuordnen sind, spricht vom Krieg als die staatliche Durchsetzung der Interessen von Kapita-
 160 list*innen. Die Erschließung neuer Märkte, notfalls mit Gewalt, eine boomende Waffenindustrie und Rendite
 161 aus Wiederaufbaumaßnahmen sind Beispiele, wie aus Krieg Profit gezogen werden kann. Die Konkurrenz na-
 162 tionaler Kapitalist*innen entlädt sich nach Luxemburg stets im Krieg. Daraus folgt: Wer antimilitaristisch ist,
 163 muss auch antikapitalistisch sein. Militarismus sei nach Liebknecht die Summe aller friedensstörender Tenden-
 164 zen des Kapitalismus, sowohl durch einer Überpräsenz des Militärs nach innen, zum Beispiel durch Einsätze
 165 gegen die eigene Bevölkerung oder höherer Präsenz bewaffneter Soldat*innen im öffentlichen Raum, sowie
 166 nach außen durch Angriffskriege und Besatzung.

167 Eng mit dem Verständnis von Militarismus verknüpft ist der Imperialismusbegriff, der auch seit dem Angriffs-
 168 krieg Russlands häufiger verwendet wird, jedoch anders als in der Zweiten Internationalen. Als Imperialismus
 169 beschreibt die Zweite Internationale den Prozess, in dem der militärisch-industrielle Komplex als Vernetzung
 170 von Politik, Kapital und Rüstungsindustrie für den eigenen Profit erst Aufrüstung, und damit unausweichlich
 171 Krieg herbeiführt. Dies ist beispielsweise im 19. Jahrhundert massenhaft durch den Überfall und die Kolo-
 172 nialisierung des afrikanischen Kontinents durch europäische Großmächte oder in Form des Wettrüstens im
 173 frühen 20. Jahrhunderts, das in den Ersten Weltkrieg führte, geschehen. Damit können kapitalistisch organi-
 174 sierte Staaten gar nicht antiimperialistisch handeln, da sie diesen Mechanismus nicht aushebeln. Daraus folgt
 175 die Position: Je mehr Waffen, je mehr Aufrüstung, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch eingesetzt
 176 werden und dass es zu Krieg kommt. Auch wir teilen diese Überzeugung nach wie vor und sprechen uns daher
 177 gegen das Sondervermögen für die Bundeswehr, das 2%-Ziel der NATO sowie eine massive Aufrüstung in Eu-
 178 ropa aus. Insbesondere unterstützen wir den Atomwaffenverbotsvertrag sowie die unverzügliche Vernichtung
 179 aller ABC-Waffen auf der Welt durch Abrüstungsabkommen.

180 Was bedeutet der historische Hintergrund für uns heute angesichts des russischen Überfalls auf die Ukrai-
 181 ne? Aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte ziehen wir folgende Beobachtungen und Konsequen-
 182 zen:

183

- 184 • Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zu militärischen Interventionen, die von Russland
 185 ausgegangen sind. Insbesondere seit der ersten Amtszeit Putins wurde das Militär häufiger und hem-
 186 mungsloser auch gegen Nachbarländer eingesetzt. Unter anderem durch die Besetzung von Transnis-
 187 trien (Moldau), Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie der Krim und Teilen des Donbass (Ukraine)
 188 wurde Russland ein zunehmend aggressiver Akteur auf der Weltbühne.

- 189 • Auch im Inneren kam es beispielsweise zu den zwei Tschetschenienkriegen und, insbesondere seit
190 Putins Machtantritt, zur Repression ethnischer Minderheiten, von Journalist*innen, Demokrat*innen,
191 Menschenrechtler*innen, der LGBTIQA+ community und vielen weiteren Menschen, oft wenig beachtet
192 von den Zivilgesellschaften im Westen.
- 193 • Kapitalist*innen im Westen haben jahrzehntelang Geschäfte mit denen gemacht, die diese aggressive
194 Expansion vorangetrieben haben und von diesen maßgeblich profitiert haben. Putin; das ist vor allem
195 auch ein System. Bis zuletzt hielt man an Projekten wie beispielsweise Nord Stream 2 fest. Auch wir
196 müssen selbstkritisch auf die letzten Jahrzehnte zurückblicken und erkennen, was wir nicht erkannt
197 haben. Dieser Krieg wurde und wird durch kapitalistische Interessen möglich gemacht.
- 198 • Durch den Kriegsbeginn sind die Aktienkurse von Waffenproduzenten angestiegen. Krieg ist und bleibt
199 lukrativ und im Interesse des Kapitalismus. Dem muss entschieden entgegengewirkt werden, kurzfristig
200 kann dies durch eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und eine Begrenzung der Militärausgaben
201 gelingen.
- 202 • Die Opposition in Russland wird seit Kriegsausbruch noch stärker unterdrückt. Die staatliche Verfolgung
203 insbesondere von feministischen, sozialistischen und progressiven Kräften erreichte einen neuen Hö-
204 hepunkt, der Einsatz militärischer Mittel im Inland wurde verstärkt. Der Krieg hilft Putin und seinem
205 Regime, ihre Diktatur zu festigen.
- 206 • In Westeuropa beobachten wir eine Diskursveränderung, die massive Investitionen in Militär und Waf-
207 fen, den Ausbau atomarer Arsenale und der Demonstration militärischer Macht zur Abschreckung
208 mehr und mehr als alternativlos darstellen.
- 209 • Die Frage, ob und wer auch im Rahmen kapitalistischer Staaten durch Waffenlieferungen unterstützt
210 werden kann, um das Recht auf Selbstverteidigung durchzusetzen, spaltet die Friedensbewegung tief.
- 211 • Westliche Staaten und Kapitalist*innen selbst verwenden immer häufiger "Imperialismus" als Begriff,
212 jedoch ausschließlich auf Russland angewandt. Der russische Überfall auf die Ukraine wird immer häu-
213 figer benutzt, um in alte Gut-Böse, West-Ost-Binaritäten zurückzufallen.

214 **Militarismus seit dem Kriegsausbruch**

215 Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine tendiert der öffentliche und auch innerparteiliche Diskurs immer
216 mehr in eine Richtung, die nicht nur beängstigend, sondern auch gefährlich ist. Die als "historisch" bezeichnete
217 Zeitenwenden-Rede von Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 enthielt immerhin ei-
218 ne klare Positionierung der Bundesregierung und der SPD: Die Nachricht ist, dass wir an der Seite der Ukraine
219 stehen und sie gegen die Aggression seitens Russlands unterstützen, wo immer es geht. Gleichzeitig müssen
220 wir einige Abschnitte dieser Rede kritisieren, allem voran das damals angekündigte und einige Monate später
221 beschlossene Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Selbst einige Mitglieder
222 der Fraktion waren überrascht, als Olaf Scholz die Maßnahme vor dem deutschen Parlament verkündete, da
223 sie nicht im Vorhinein abgesprochen war und ihr kein Fraktions- oder Regierungsbeschluss zugrunde lag. War-
224 um wir dieses Sondervermögen für die Bundeswehr angesichts der anderen, nicht übersehbaren Missstände
225 in der Ampel-Haushaltspolitik ablehnen, haben wir bereits im Initiativantrag INI01 auf der Landeskonferenz
226 im Mai 2022 ausführlich festgehalten. Auch das NATO-konforme 2%-Ziel ist in diesem Zusammenhang zu kri-
227 tisieren.

228 Eine noch abstrusere Debatte war beim Thema Wehrpflicht zu verfolgen. Besonders aus der schwarzen und
229 braunen Opposition im Bundestag, aber auch aus Teilen der SPD wurden im letzten Jahr wiederholt Stimmen
230 für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht laut. Junge Menschen müssten gezwungen werden, ihr Land im
231 Ernstfall zu verteidigen, da die Bundeswehr sonst nicht arbeitsfähig sei, hieß es. Es würde den jungen Men-
232 schen gut tun, wieder einen Beitrag zur Gesellschaft leisten zu müssen, sagten sie. Diese Gedanken und Forde-
233 rungen lehnen wir, passend zu unseren bisherigen und zu Bundesbeschlusslagen, weiterhin entschieden ab.
234 Ebenso misslungen und gefährlich finden wir die Einschätzung des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil, Deutsch-
235 land müsse wieder eine "militärische Führungsmacht in Europa" werden. Und wenn Friedrich Merz bei Flucht
236 von Menschen aus der Ukraine über eine "Einwanderung in die Sozialsysteme" spricht, ist das einfach nur
237 widerlich. Solche menschenfeindlichen Äußerungen, wie sie eben nicht nur von der rechtsextremen AfD kom-
238 men, sondern auch bei der "bürgerlichen" CDU und CSU seit Monaten immer wieder zu hören sind, sind ein

239 Schlag ins Gesicht aller Menschen, die in Deutschland auf ein besseres Leben hoffen und derer, die in der Ukrai-
 240 ne für den Fortbestand ihres eigenen Landes kämpfen. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Geflüchteten
 241 und unterstreichen unsere unmissverständliche Solidarität mit denen, die vor Krieg und Gewalt ihr Zuhause
 242 aufgeben müssen.

243 **Unsere Leitlinien für antimilitaristische Politik heute**

244 Dieser Verschiebung im aktuellen Diskurs möchten wir uns entschieden entgegenstellen und unsere antimili-
 245 taristischen Werte mit Nachdruck bekräftigen. Unsere Vision ist und bleibt eine Welt ohne Militär – Abrüstung
 246 muss der Kern militärischer Debatten sein. Das oberste Ziel in Konfliktfällen muss die gewaltfreie Lösung sein,
 247 sofern die Konflikte nicht bereits durch Präventivarbeit gar nicht aufkamen. Aus diesem Grund verurteilen wir
 248 die aktuelle Glorifizierung von Krieg, Tötung und Gewalt, wie sie sich beispielsweise in Memes (z.B. "NAFO",
 249 "North Atlantic Fella Organization") und durch das Verbreiten von Videos und Bildern aus dem Kriegsgebiet
 250 momentan äußert. Militarismus darf keinen solch ruhmreichen Platz in unserer Gesellschaft haben, denn eine
 251 solch positive Darstellung von Gewalt stiftet zu noch mehr Gewalt an, statt sie zu verhindern. Die Stellvertreter-
 252 kriege zu Zeiten des Kalten Krieges haben uns gelehrt, dass Abschreckung durch Aufrüstung nicht ganzheitlich
 253 funktioniert. Mehr Waffen münden stets in mehr Gewalt.

254 **Wir legen für unsere internationalistische Politik folgende Leitlinien fest:**

- 255 • Antimilitarismus bleibt einer der grundlegenden Werte für Jungsozialist*innen.
- 256 • Wir lehnen die Wehrpflicht ab.
- 257 • Wir lehnen Bundeswehreinätze im Inneren ab. Der Katastrophenschutz muss aus zivilen Organisatio-
 258 nen leistbar sein.
- 259 • Wir lehnen Bundeswehreinätze im Ausland ab. Diese sind nur in Einzelfällen und im Einvernehmen
 260 mit den Vereinten Nationen sowie den Betroffenen vor Ort vertretbar. Einsätze, die vordergründig der
 261 Sicherung kapitalistischer oder machtpolitischer Interessen dienen, lehnen wir klar ab.
- 262 • Militärische Interventionen bei Völkermord, Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen sind unter
 263 strengen Voraussetzungen möglich, müssen von Fall zu Fall jedoch individuell bewertet werden und
 264 sind nur im Einklang mit der internationalen Gemeinschaft denkbar.
- 265 • Ausrüstung von Streitkräften darf nie zum Selbstzweck oder hypothetisch vorsorglich geschehen, son-
 266 dern nur als Reaktion auf konkrete Bedrohung hin – damit lehnen wir die aktuellen Debatten über eine
 267 generelle Aufrüstung ab.
- 268 • Es braucht eine stabile Friedensarchitektur inkl. der sogenannten Großmächte, aber ohne Sonderrech-
 269 te für diese.
- 270 • Die Bundeswehr muss zahlenmäßig begrenzt bleiben.
- 271 • Die Bundeswehr hat an Schulen nichts verloren.
- 272 • Wir fordern die Unterzeichnung und Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrags.
- 273 • Wir stellen uns gegen Desinformation, Glorifizierung und Fälschung von und über Kriegsgeschehen.
- 274 • Wir erklären uns solidarisch mit allen, die vor Kriegen fliehen und fordern die Schaffung von sicheren
 275 Fluchtwegen sowie von lebenswerten Unterkünften in Europa.
- 276 • Es ist schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass die Produktion und die Verbreitung von Waffen zu keinem
 277 Profit mehr führen kann. Dies ist nur durch eine Verstaatlichung und eine Verschärfung der Kontrolle
 278 der Ausfuhren möglich.

279 Gesellschaften sollen und dürfen nicht um ihr Militär herum aufgebaut sein. Friedliche und antimilitaristische
 280 Strukturen und Lösungen sind das erste Mittel der Wahl.

281 Internationalismus heißt Antikapitalismus

282 Kapitalismus lebt von Ausbeutung und Abhängigkeiten. Ausbeutung und wirtschaftliche und soziale Abhän-
 283 gigkeiten haben uns zu dem Punkt gebracht, in dem der wirtschaftliche Wohlstand weltweit ungleich verteilt
 284 ist. Durch die protektionistische Handelspolitik der Länder des globalen Nordens wurden die wirtschaftliche

285 Abhängigkeiten in den Ländern des globalen Südens erzwungen und dadurch große Disparitäten erschaffen.
286 Weltweit beobachten wir große Ausbeutung, wie im Kongo, wo Kinder in Minen Kobalt für unsere Konsumzwe-
287 cke abbauen, oder in Bangladesch, wo der Gebäudeeinsturz einer Fabrik zu über einem Tausend verlorener
288 Menschenleben geführt hat. Es gibt Hunderte von Beispielen, die beweisen, dass die globale Ausbeutung eine
289 für sehr viele Menschen furchtbare Realität und Alltag ist. Unser internationalistisches Ziel ist es, den Kapita-
290 lismus als das System zu überwinden, das auf Ausbeutung beruht.

291 **Lieferketten in den Griff bekommen**

292 Ein Weg, um gegen die kapitalistische Ausbeutung vorzugehen, ist ein starkes Lieferkettengesetz auf EU-Ebene
293 zu verabschieden. Die aktuellen Maßnahmen sind lediglich kosmetisch und reichen lange nicht aus, um für
294 Gerechtigkeit und Handel auf Augenhöhe zu sorgen. Viele Menschen und unsere Natur leiden unter unkon-
295 trollierten Wertschöpfungsketten westlicher Unternehmen. Wenn ein Lieferkettengesetz die Unternehmen
296 nicht dazu verpflichtet, Verantwortung für die eigenen Prozesse zu übernehmen, Menschenrechte zu achten
297 und Klima und Umweltstandards zu folgen, werden dieselben nicht eigenständig, und auf alle Fälle nicht in
298 ausreichendem Maße Konsequenzen für das eigene Wirtschaften wahrnehmen. Die faktisch leeren Selbstver-
299 pflichtungen beweisen uns dies.

300 Mit der Corona-Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine kam es zu großen Beeinträchtigungen in
301 den Lieferketten, die nochmals deutlich gemacht haben, dass wir ein EU-Lieferkettengesetz brauchen, das
302 klare Klimapflichten in der Lieferkette definiert, das Geschädigten die Möglichkeit für eine Klage und Wieder-
303 gutmachung von Schäden zusichert und auch die gesamte Lieferkette der Unternehmen erfasst. Wir stehen
304 klar gegen generelle Waffenexporte, aber in unserer aktuell noch von Waffen zersetzten Welt müssen auch
305 jedwede Waffenexporte in einem solchen EU-Lieferkettengesetz miteingefasst werden. Denn Kapitalismus und
306 Waffengewalt sind lediglich zwei Seiten derselben Medaille: militärische Konflikte sind die höchste Stufe der
307 imperialistischen Auseinandersetzungen in einer kapitalistischen Welt.

308 Die wirtschaftliche Ausbeutung ist aber nicht nur ein Phänomen auf der Nord-Süd Linie, sondern existiert
309 auch innerhalb des europäischen Wirtschaftsrahmens. Ein Beispiel dafür sind die negativen Auswirkungen
310 der Privatisierung vieler Sektoren in den ehemaligen Ostblock-Staaten. Die misslungene und intransparente
311 Transition der Wirtschaft führte zur Plünderung der Sozialsysteme und des Industriekapitals dieser Länder.
312 Wir sind der Überzeugung, dass die Einführung der kapitalistischen Wirtschaft mehr zur Ausbeutung durch
313 übermächtige, westliche Investor*innen geführt hat, als zu dem von vielen erhofften Wohlstand. Mit Hinblick
314 auf die möglichen Erweiterungsstaaten, die alle eine misslungene Transformation ihrer lokalen Wirtschafts-
315 kreisläufe hinter sich haben, ist eine Änderung des wirtschaftlichen Rahmens der EU dringend notwendig,
316 damit die wirtschaftliche und soziale Sicherheit in allen Mitgliedstaaten erreicht wird.

317 Nur mit der Überwindung von neoliberaler Wirtschaftspolitik und ihrer kapitalistischen Auswüchse können
318 wir an den Punkt kommen, an dem kritische Abhängigkeiten aller Staaten – sei es in der Energieversorgung
319 oder in Lieferketten – nicht mehr das Gewöhnliche sind oder als Notwendigkeit erachtet werden. Das wird nur
320 gelingen, wenn nicht nur in einzelnen Staaten, sondern auf der ganzen Welt der Weg zu einer sozialistischen
321 Wirtschaftsordnung hin geebnet wird und der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben werden
322 kann. Bis dahin kämpfen wir für eine Wirtschaftspolitik, die Menschenrechtsbrüche und globale Ungleichhei-
323 ten beseitigt.

324 **Für einen echten wertebasierten Wirtschaftshandel statt Greenwashing!**

325 Wirtschaftliche Abhängigkeiten sind jedoch nicht nur für geschwächte Staaten harte Realität. Auch wirtschaft-
326 lich starke Staaten geraten oder bringen sich selbst in solche Abhängigkeiten. Ein Beispiel hierfür ist Deutsch-
327 lands gravierende Abhängigkeit von Energieimporten, bis vor Kurzem besonders von russischem Erdgas. Wel-
328 che Konsequenzen diese deutsche Abhängigkeit hat, wurde in der aktuellen Lage des Angriffskrieges offenbart.
329 Deutschland, in Sorge um seine auf russischem Gas basierte Energieversorgung, musste im Hinblick auf EU-
330 Sanktionen gegen Russland zögern und zaudern, während andere Staaten gerne schneller und härter reagiert
331 hätten – und konnten. Sie hatten sich nicht in kritischer Infrastruktur von Russland abhängig gemacht und sind
332 deshalb in der Lage, freier und entsprechend(er) ihrer Werte zu agieren. Der erste Schritt zu wertebasiertem
333 Handel ist folglich, sich in seiner Grundversorgung unabhängig zu machen, um als Land nicht bzw. deutlich
334 weniger erpressbar zu sein in seinen politischen Aktivitäten und Entscheidungen. Deutschland stehen hierfür
335 Mittel und Wege zur Verfügung, nicht nur in der Energieversorgung. Sie wurden aber die letzten Jahrzehnte

336 vernachlässigt oder gar ausgebremst, statt zum eigenen Vorteil und damit zur eigenen Unabhängigkeit aus-
337 gebaut zu werden.

338 Innerhalb des Kapitalismus kann es nie zu einem vollständigen, ethisch vertretbaren Wirtschaften kommen.
339 Und doch müssen wir heute die ersten Schritte gehen und Werte festlegen, die sich an sozialistischen und
340 feministischen Standards messen lassen. Diese Werte, nach welchen wirtschaftlicher Handel betrieben werden
341 soll, müssen sich von der aktuell hauptsächlich funktionalen Perspektive auf folgende verschieben:

- 342 • Grundlage bilden freiheitlich-sozialistische Werte, die das menschliche Wohlergehen und gute Arbeit
343 in den Mittelpunkt stellen.
- 344 • Menschenrechte werden bedingungslos eingehalten.
- 345 • Arbeiter*innen und das Gemeinwohl stehen im Vordergrund, keinesfalls der Profit.
- 346 • Kampf gegen Ausbeutung: Handel nur auf Augenhöhe und wenn alle Seiten profitieren, dabei müssen
347 insbesondere Verteilungsgerechtigkeiten innerhalb der beteiligten Länder berücksichtigt werden.

348 Wir fordern, dass Deutschland seine Handelspartner*innen in drei Kategorien einteilt, die sich an demokra-
349 tischen und sozialistischen Standards messen. Länder, die alle Kriterien erfüllen, eignen sich auch in dieser
350 Weltordnung als Handelspartner*innen auf Augenhöhe. Länder, die diese nur teilweise erfüllen oder bereits
351 als autoritär definiert werden können, sollen nur noch sehr eingeschränkt als Handelspartner*innen in Frage
352 kommen. Die drei Kategorien sollen lauten:

353 1. Bevorzugte Partner*innen.

354 2. Enge Partner*innen.

355 3. Funktionale Partner*innen.

356 Langfristiges Ziel soll sein, alle Handelsbeziehungen nur noch mit Partner*innen der Gruppe 1 zu tätigen;
357 nur wo dies im kritischen Einzelfall nicht möglich ist, auch mit Gruppe 2. Beziehungen mit Partner*innen der
358 Gruppe 3 sollen kurzfristig vollständig eingestellt werden.

359 Bevorzugte Partner*innen sind demokratisch organisiert. Die Rechte von Individuen, insbesondere von Ange-
360 hörigen von Minderheiten und marginalisierten Gruppen, sind effektiv einklagbar. Es gibt eine sozialstaatliche
361 Verfassung und von dem Staat gehen keine friedensstörenden Aktivitäten aus. Diese, und weitere noch ge-
362 nauer zu definierende Kriterien, sollen unmissverständlich erfüllt werden.

363 Enge Partner*innen erfüllen diese Kriterien nach wie vor, jedoch kann es bei einzelnen Kategorien zur Diskussi-
364 on stehen, ob demokratische und soziale Standards vollständig eingehalten werden. Hier muss insbesondere
365 darauf geachtet werden, ob es zu einer Verbesserung oder zu einer Verschlechterung der Lage kommt.

366 Funktionale Partner*innen sind gelenkte Demokratien, Autokratien und Diktaturen sowie Staaten, in denen
367 Menschen oder Menschengruppen eingeschränkt sind, grundlegende Rechte auch gegen Unternehmen oder
368 Kapitalinteresse einzuklagen. Ebenso fallen in diese Kategorie Staaten, die aktiv den Weltfrieden stören oder
369 manipulieren. Mit diesen Ländern darf kein Handel mehr betrieben werden und Sanktionen, gerichtet auf
370 die wirtschaftliche Elite sowie das Regime, müssen in Kraft gesetzt werden. Auch präventive Sanktionen sind
371 möglich.

372 **Globaler Arbeiter*innenkampf**

373 Einer unserer oben genannten Werte ist der Kampf gegen die Ausbeutung von Arbeiter*innen. Diesen Wert
374 haben wir Sozialist*innen seit jeher global verstanden – vor allem in einer globalisierten Welt kann er auch
375 nicht auf Arbeiter*innen in Deutschland beschränkt sein. Wir verfolgen den Kampf gegen Ausbeutung in-
376 ternational. Aus diesem Grund fordern wir zum einen eine radikale Verschärfung des beschriebenen EU-
377 Lieferkettengesetzes in einer Form, die tatsächlich zu Konsequenzen für ausbeuterische Unternehmen führt.
378 Zum Anderen fordern wir die Unterstützung von und Ausrichtung an globalen Gewerkschaftskämpfen. Arbeits-
379 kämpfe kennen keine nationalen Grenzen und internationale Zusammenarbeit muss es als seine Kernaufgabe
380 begriffen, Arbeiter*innen Plattformen zur grenzüberschreitenden Organisation zu bieten und Arbeitskämpfe
381 zusammenzuführen. Wir unterstützen globale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse ausdrücklich und hoffen
382 auf eine stärkere weltweite Organisation. Denn außer an einigen wenigen Hauptknotenpunkten des globalen

383 Handels haben nationale Arbeiter*innenkämpfe kaum die Schlagkraft der Vergangenheit – Unternehmen ha-
 384 ben heute viel mehr weltweite Ausweichmöglichkeiten. Es ist also essentiell, internationale Arbeitskämpfe zu
 385 unterstützen sowie auch zu initiieren. Da weltweiter Handel auf einem funktionierenden Transport- und Lo-
 386 gistikwesen fußt, sehen wir hier ein besonders effektives Potential für Arbeitskämpfe mit massivem Einfluss,
 387 der tatsächlich große Verbesserungen für die Arbeiter*innen schaffen könnte.

388 **Welchen Preis sind wir bereit zu zahlen – und für was überhaupt?**

389 Klar ist, dass wertebasierter Handel sowie weltweit tatsächlich faire Arbeitsbedingungen für alle Konsumgü-
 390 ter die aktuellen Dumping-Preise erhöhen werden, auf ihren echten Wert. Diese Punkte und damit das, was
 391 die Betriebswirtschaft "Externalitäten" (Kosten, die sich nicht auf den Verursachenden, sondern auf unbetei-
 392 ligte Personen auswirken, z.B. Umweltschäden) nennt, würden endlich in den Preis miteinfließen. Doch viele
 393 Menschen, auch in unseren westlichen Gesellschaften, sind auf niedrige Preise angewiesen.

394 Internationalismus heißt Kampf dem Patriarchat

395 Unser jungsozialistischer erweiterter Sicherheitsbegriff umfasst in einer globalisierten Welt mehr als nur mi-
 396 litärische und politische Sicherheit. Es geht nicht um den Schutz von Individuen und von Gewalt besonders
 397 betroffenen, vulnerablen Gruppen, sondern auch um den Kampf für Ernährungssicherheit und gegen Armut.
 398 Ebenso wichtig ist die Bekämpfung des Klimawandels, welcher gerade im Globalen Süden Lebensgrundlagen
 399 gefährdet. Auch muss durch globale Solidarität eine starke und demokratische Zivilgesellschaft gefördert wer-
 400 den, um diese in den jeweiligen Staaten mehr in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und militärischen
 401 Konflikten präventiv entgegenzuwirken.

402 Bisher spielt die Frage von internationaler Geschlechtergerechtigkeit und dem Streben nach dem Abbau von
 403 patriarchalen Strukturen eine viel zu geringe Rolle. Außen- und Sicherheitspolitik sind eng miteinander ver-
 404 bunden und haben für alle Staaten eine hohe Bedeutung. Die traditionelle Sicherheitspolitik wurde oft durch
 405 Dominanz und Repression, einschließlich militärischer Gewalt, geprägt, um nationale Interessen zu verteidigen.
 406 Feministische Außenpolitik hingegen legt den Fokus auf die menschliche Sicherheit, Geschlechtergerech-
 407 tigkeit und den Abbau von patriarchalen Strukturen als zentrales Element für Frieden. Das Verständnis von
 408 Sicherheit geht über die staatliche Sicherheit hinaus und beinhaltet medizinische Versorgungssicherheit und
 409 Klimagerechtigkeit. Eine resilientere Gesellschaft ist eine sicherere Gesellschaft, und soziale Absicherung, wis-
 410 senschaftlicher und technologischer Fortschritt sowie eine starke Daseinsvorsorge sind notwendig.

411 Eine feministische Außenpolitik ist dringend notwendig – angesichts der Auswirkungen von Covid-19, der Kli-
 412 makatastrophe, des Backlashes im Bereich des legalen Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen und sexuali-
 413 sierter Kriegsverbrechen an Frauen und Kindern.

414 Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiger Frieden eher gelingt, wenn auch Frauen an den
 415 Verhandlungen beteiligt sind. Frauen sollten stärker in Friedensverhandlungen einbezogen werden, da sie
 416 aufgrund ihrer Erfahrungen mit Diskriminierung im Patriarchat wichtige Perspektiven einbringen. Friedens-
 417 prozesse, an denen Frauen beteiligt sind, rücken nicht nur militärische, sondern auch zivile Sicherheit und
 418 wirtschaftliche Erholung in den Fokus und können Radikalisierung entgegenwirken. Es ist jedoch immer noch
 419 unzureichende Finanzierung und Unterstützung für die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen
 420 vorhanden, wie das Beispiel Afghanistan zeigt.

421 **Deshalb fordern wir:**

- 422 • Internationale Verbände feministisch aufstellen und mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus bundes-
 423 weiten und internationale Fördertöpfen unterfüttern
- 424 • Frauen auch in Internationalen Organisationen wie beispielsweise der UN stärken, um auch hier eine
 425 feministische Perspektive einfließen zu lassen
- 426 • Feministische Organisationen stärker finanziell unterstützen, insbesondere NGOs, die sich für Gleich-
 427 berechtigung und Teilhabe einsetzen
- 428 • NGOs keinen Stempel des Globalen Nordens aufdrücken und keine euro- und westzentristischen Maß-
 429 stäbe anlegen, hierfür ist insbesondere auf die Repräsentation der betroffenen Ländern in den INGOs
 430 zu achten

- 431 • Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere Vergewaltigung als Kriegswaffe härter ahnden, Bewusst-
432 sein schaffen
- 433 • Friedensverhandlungen dürfen keine elitäre Veranstaltung sein, eine Einbeziehung von zivilen Ak-
434 teur*innen ist unbedingt notwendig
- 435 • Frauen und andere marginalisierte Gruppen müssen ähnlich ihres Anteils an der Bevölkerung reprä-
436 sentiert sein
- 437 • Projekte vor Ort müssen auch immer die Stärkung der Frauenrechte und die Unterstützung von Frauen
438 als Teil ihres Mandats definieren
- 439 • Zwangsprostitution und Menschenhandel bekämpfen

440 **Globale Feministische Gesundheitspolitik:**

441 Die WHO definiert Gesundheit als einen Zustand von vollständigem körperlichem, seelischem und sozialem
442 Wohlbefinden, der über das bloße Freisein von Krankheit oder Gebrechen hinausgeht. Der Zugang zu er-
443 schwinglicher, qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, das eng mit anderen
444 Menschenrechten verbunden ist. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist jedoch weltweit nicht gesichert,
445 insbesondere für arme, marginalisierte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen. Insbesondere FLINTA*s ha-
446 ben aufgrund geschlechtsbezogener Datenlücken und Vorurteile bei der Diagnose und Behandlung von Krank-
447 heiten mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen. Koloniale Verhältnisse und Rassismus prägen weiter-
448 hin die Gesundheitsversorgung, insbesondere bei der Verteilung von Medikamenten und Impfstoffen. So wird
449 traditionelle Medizin selbst bei nachweislicher Wirkung nicht anerkannt, zahlreiche Erkrankungen zu den so-
450 genannten neglected tropical diseases (NTDs; vernachlässigte tropische Krankheiten) gezählt und obwohl fast
451 jeder Fünfte in der Welt unter ihnen leidet, sind sie für die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten
452 und Impfstoffen dennoch nicht von Bedeutung. Eine ungleiche Verteilung weltweit von Medikamenten und
453 Impfstoffen wurde auch während der Covid-19-Pandemie sichtbar. Die WHO ist in ihrer Arbeit dem entgegen-
454 zutreten durch unzureichende finanzielle Mittel eingeschränkt.

455 **Ziel einer globalen feministischen Gesundheitspolitik ist:**

- 456 • Keine Person darf negative Folgen bezüglich ihrer Gesundheit erleben, weil sie aufgrund von Faktoren
457 wie Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Klasse oder Herkunft diskriminiert oder schlechter
458 behandelt wird.
- 459 • Der Ansatz globaler Gesundheitspolitik muss antirassistisch, feministisch und intersektional sein und
460 bei allen Bestrebungen die Dekolonialisierung vorantreiben.

461 **Deshalb fordern wir:**

- 462 • Die echte Anerkennung und Sicherstellung des Menschenrechts auf Gesundheit der internationalen
463 Staatengemeinschaft.
- 464 • Die Gewährleistung einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheitsleistungen weltweit.
- 465 • Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der WHO sowie Entkopplung der Gelder von einzelnen
466 Projekten oder Themen, damit sie ihre Hauptaufgabe – die Bekämpfung von Erkrankungen und Förde-
467 rung der allgemeinen Gesundheit aller Menschen – weltweit erfüllen kann.
- 468 • Berücksichtigung von Gender und Feminismus in der globalen Gesundheitspolitik.
- 469 • Die Freigabe von Patenten im Gesundheitswesen.

470 **Hierzu zählt:**

- 471 • Dekolonialisierung der globalen Gesundheitspolitik
- 472 • Die Versorgung und der reale Zugang zu Leistungen der reproduktiven Gesundheit muss gewährleistet
473 sein, sodass eine adäquate Betreuung während der Schwangerschaft vorliegt und Schwangerschafts-
474 abbrüche weltweit sicher und legal sind. Schwangerschaftsabbrüche müssen entkriminalisiert werden
475 und als Menschenrecht gelten.

- 476 • Behebung der geschlechtsbezogenen Datenlücke in der Erforschung von Krankheiten sowie in der Ent-
- 477 wicklung von Medikamenten als auch in der Aufklärung über diese (Symptome)

478 **Klimagerechtigkeit & Feminismus:**

479 Bei einer feministischen Betrachtungsweise von Sicherheits- und Außenpolitik darf das Feld der Klimagerech-

480 tigkeit nicht fehlen. Der Begriff Klimagerechtigkeit beschreibt dabei die gemeinsame internationale Verantwor-

481 tung, insbesondere der Hauptverursacher*innen von Klimaschäden, sich für Klimaschutz einzusetzen, durch

482 ihr Handeln entstandene Schäden wiedergutzumachen und neue Schäden zu verhindern. Aus unserer inter-

483 nationalistischen, (jung)sozialistischen und feministischen Grundüberzeugung heraus ist es deshalb unsere

484 Pflicht, Klimagerechtigkeit als intersektionalen Ansatz zu begreifen und als eine der Maximen unserer Außen-

485 und Sicherheitspolitik zu bekräftigen. Bei unserem Kampf für mehr Klimagerechtigkeit liegt, genauso wie im

486 Kampf gegen patriarchale und kapitalistische Strukturen, insbesondere ökonomische Ausbeutung, Unterdrü-

487 ckung und Zerstörung zugrunde.

488 Es ist Aufgabe von uns Jungsozialist*innen, die Abhängigkeiten und das auf den Nutzen und Verwendungszweck

489 ausgerichtete System zu erkennen und Strategien zu dessen Überwindung zu entwickeln. Öl- und Energiekonzerne

490 haben ihre Verantwortung für eine bessere Öko- und CO₂-Bilanz auf Endverbraucher*innen verschoben, während

491 Klimaleugner*innen und Misogynen oft dieselben sind. Die Auswirkungen der Klimakatastrophe treffen Frauen

492 im globalen Süden besonders hart. 80% der Vertriebenen durch die Klimakatastrophe sind Frauen und sind

493 auf ihrer Flucht geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Der Schutz von Frauen, die vor der Klimakatastrophe

494 fliehen, ist nicht von der Genfer Konvention abgedeckt.

495 Eine nachhaltige Perspektive auf feministische Außenpolitik sollte nicht nur die Klimakatastrophe, sondern

496 auch Fragen der energetischen Unabhängigkeit und autokratischer Regime berücksichtigen. Internationale

497 Standards sollten als Kriterien für die Wahl von wirtschaftlichen Partner*innen etabliert werden, um das

498 patriarchale, kapitalistische System von Abhängigkeiten zu überwinden. Der aktuelle russische Angriffskrieg

499 auf die Ukraine zeigt, dass die energetische Abhängigkeit von nicht-demokratisch geführten Staaten gefährlich

500 ist und die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik einschränkt. Es sollte keine neuen unbefristeten Verträge

501 für fossile Energieträger mit autokratisch geführten Staaten geben, sondern eine wirkliche Perspektive zur

502 Gewährleistung der energetischen Unabhängigkeit der Bundesrepublik.

503 **Deshalb fordern wir:**

- 504 • Die Aufnahme der "Klimakrise" in den Katalog für Fluchtursachen der Genfer Konvention, damit insbe-
- 505 sondere auch geschlechtsspezifische Gewalt auf der Flucht vor der Klimakrise anerkannt wird.
- 506 • Weltweit geschlechtergerechte Bevölkerungs- und Katastrophenschutzpläne.
- 507 • Die Internationale Zusammenarbeit sowohl an ökologische, feministische sowie Menschenrechtsstan-
- 508 dards koppeln – Gerechtigkeit als klare Voraussetzung für ein friedliches, nachhaltiges weltweites Mit-
- 509 einander (gerade kritisch nach Gasverträgen mit Katar).
- 510 • Eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von autokratisch regierten Staaten – Frieden und Sicherheit hängen
- 511 weltweit vom Ende der Zerstörung und Ausbeutung des Planeten ab (nicht zuletzt die Abhängigkeit
- 512 von Russland als mahnendes Beispiel).
- 513 • Die kontinuierliche Neubewertung von internationalen Bündnis- & Wirtschaftspartner*innen auf der
- 514 Grundlage von feministischen, ökologischen und menschenrechtlichen Maßstäben – eine Zusammen-
- 515 arbeit mit autokratischen Staaten lehnen wir grundsätzlich ab (z. B. Katar, Aserbaidschan und Saudi-
- 516 Arabien).
- 517 • Verbindliche internationale Agenda feministischer Sicherheit bei Auswirkungen des Klimawandels (indi-
- 518 viduelle Sicherheit muss mit staatlicher und zwischenstaatlicher Sicherheit zusammengedacht werden,
- 519 damit Machtdynamiken verstanden und hin zu mehr Gerechtigkeit verändert werden können.
- 520 • Mehr Forschung im Bereich der (internationalen) Politik mit Schwerpunkten auf feministische Sicher-
- 521 heit, Frieden und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Klimakatastrophe.
- 522 • Lieferkettengesetze zur Stärkung von Arbeits-, Menschen- Umwelt und Frauenrechten.

523 Die Rechte von FLINTA*s sind Menschenrechte! Wir stehen solidarisch an der Seite der Protestierenden im
524 Iran und verurteilen die Gewalt des Mullah-Regimes aufs Schärfste. Wir fordern:

- 525 • Einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran.
- 526 • Sichere Fluchtrouten und besseren Schutz für Exil-Iraner*innen.
- 527 • Die Revolutionsgarde, die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, auf die EU-Terrorliste
528 zu setzen.
- 529 • Die Freilassung der politischen Gefangenen.
- 530 • Verurteilung und Dokumentation der Verbrechen an der Menschlichkeit.
- 531 • Das Ende der Diskriminierung von FLINTA*s im Iran.
- 532 • Umfassende Sanktionen gegen den Iran und den Abbruch sämtlicher Kooperationen.
- 533 • Eine aktive Unterstützung der Proteste.

534 Internationalismus heißt globale Solidarität

535 **Hier "entwickelt" sich nichts mehr**

536 Wir betreiben keine "Entwicklungshilfe". Wir prangern die Macht des Globalen Nordens an, der noch immer
537 vom Kolonialzeitalter profitiert. Mehr noch: das Kolonialzeitalter ist nie zu Ende gegangen. Die Interessen von
538 Kapitalist*innen wiegen noch immer stärker als intakte Ökosysteme, das Verbot von Menschenhandel und
539 Kinderarbeit oder die hemmungslose Ausbeutung wertvoller Ressourcen auf Kosten lokaler Bevölkerungen.
540 Antikolonialismus gibt es seit dem ersten Tag, an dem Europäer*innen Machtansprüche auf fremde Gebie-
541 te gestellt haben, Zeit, dass sich auch der europäische Sozialismus an die Seite antikolonialer Bewegungen
542 stellt.

543 Wir verwenden den Begriff der Internationalen Zusammenarbeit (IZ). Zu einer IZ unter sozialistischen und
544 feministischen Vorzeichen gehört das beharrliche Einfordern der Aufhebung des globalen Machtgefälles zu
545 Gunsten der globalen Zentren. Es bedeutet, Eurozentrismus in den internationalen Institutionen sowie unse-
546 ren Gesellschaften zu bekämpfen. Das umfasst wirtschaftliche sowie kulturelle Fragen.

547 Wir streben nach Solidarität mit den Menschen, die sich von der globalen Ungerechtigkeit befreien wollen. Wir
548 müssen die Stimmen der Sozialist*innen und Feminist*innen, die sich gegen Kolonialismus organisieren, hör-
549 bar machen. Die Geschichte Europas wird oft aufgehübscht, doch sie ist vor allem auch Sklaverei, Völkermord,
550 Besatzung, die Entmenschlichung der Bevölkerung ganzer Kontinente, Kulturraub, und unzählige weitere Ver-
551 brechen gegen die Menschlichkeit.

552 **Können Staaten im Kapitalismus gut zusammenarbeiten?**

553 Die kurze und einfache Antwort lautet: Nein. Machtpolitische Interessen prägen das Geschehen und sind nicht
554 auf eine solidarische Zusammenarbeit ausgerichtet, sondern den andauernden kapitalistischen Zwängen un-
555 terworfen. So stehen niedere Beweggründe wie Prestige für einzelne Länder, gutes Marketing und PR meist
556 im Vordergrund. Das Ziel der Staaten im globalen Norden ist es, die Staaten im globalen Süden systemisch
557 auszubeuten. Zwar fließen durch die sogenannte Entwicklungshilfe jährlich fast 170 Milliarden Euro von den
558 reichen Ländern an strukturell schlechter gestellte Staaten, ca. 27 Milliarden kommen aus Deutschland [Zah-
559 len aus 2020; ODA von privaten **und** staatlichen Träger*innen]. Dabei ist das Ziel jedoch nicht die Bekämpfung
560 der Ursachen von Ungleichheit und Armut in den einzelnen Ländern, sondern erneut stehen kapitalistische
561 Interessen im Mittelpunkt. Die Länder sollen so weit gestärkt werden, dass ein Handel mit den Ländern des
562 globalen Norden möglich und lukrativ ist, das Leid wird oft nur auf das für westliche Gesellschaften erträgliche
563 Maß reduziert.

564 Ein relevantes Beispiel hierfür ist die Corona-Pandemie seit 2020. Um die Herstellung des Impfstoffes weltweit
565 voranzutreiben und die Folgen der Pandemie so einzudämmen, hatten die Entwickler*innen der verschiede-
566 nen Impfstoffe die Möglichkeit diese Patente freizugeben. Länder des globalen Südens hätten davon stark
567 profitiert. Die Patente wurden aber nicht freigegeben, da sie mit Gewinneinbußen einhergegangen wären.
568 Hinzu kam die fehlende Unterstützung zum Aufbau von Kapazitäten, Impfstoffe zu produzieren und Impfun-
569 gen durchzuführen. Man entschied sich dazu, die Pandemie auf dem Rücken derer ausgetragen, die nicht nur

570 unter Pandemie selbst, sondern beispielsweise auch unter den Folgen des Klimawandels am meisten zu lei-
571 den haben: Die Menschen im globalen Süden und insbesondere die Sicherheit von marginalisierten Gruppen
572 sowie FLINTA*s.

573 **Solidarität mit den indigenen Völkern dieser Welt!**

574 Kolonialmächte plündern und zerstören das Hab und Gut indigener Bevölkerungen seit spätestens dem 14.
575 Jahrhundert hemmungslos. Gerade das Industriezeitalter und Europas Machtposition in der Welt haben dazu
576 geführt, dass kaum ein Quadratmeter nicht von einem Imperium kontrolliert wurde. Die ökologischen Grund-
577 lagen indigener Menschen wurden zerstört, Krankheiten eingeführt und Völkermorde begangen. Die Zerstö-
578 rungswut ist weder vorbei, noch aufgearbeitet, noch ist eine Befreiung heute in Sicht. Wir Jusos bekennen uns
579 daher zur Verantwortung, zu lernen, globale Solidarität aus der Perspektive indigener Völker leben zu können.
580 Dabei betonen wir ausdrücklich die Vielfalt der mehr als 1.900 indigenen Völker und ihren gut 175 Millionen
581 Angehörigen an und wissen, dass es meistens nicht eine Politik oder eine passende Solidaritätsform für alle
582 geben kann.

583 Die Gier nach billigen Ressourcen zur Weiterverarbeitung in Europa treibt bis heute die Zerstörung der Le-
584 bensgrundlage von Menschen auf der ganzen Welt voran. Hier ein paar Beispiele:

- 585 • Die Abholzung von Regenwäldern ist eine andauernde Bedrohung für seine Bewohner*innen. So führt
586 zum Beispiel die Zerstörung des Peruanischen Regenwalds im Interesse kapitalistischer Ausbeutung,
587 dass die ca. 350.000 Menschen in 1.786 "indigenen Dorfgemeinschaften" keinen Zugang mehr zu
588 Nahrungs- und Heilmittel, Baumaterial und Schutzräumen haben.
- 589 • Der Abbau von Gold, Uran, seltenen Erden, Eisen und weiteren für Industriegesellschaften relevanten
590 Metallen und Mineralien geht oft mit Menschenhandel, Landraub und der Störung von Ökosystemen
591 einher, die für indigene und isolierte Bevölkerungen überlebenswichtig sind.
- 592 • Große Infrastrukturprojekte werden oft ungeachtet indigener Gebiete durchgeführt. Die demokrati-
593 schen Rechte der lokalen Bevölkerung werden dabei übergangen.

594

595 Diese Beispiele zeigen, dass für Angehörige indigener Völker kein gleichberechtigtes Mitspracherecht zur Ge-
596 staltung ihrer eigenen Umwelt vorherrscht. Es sind die Interessen kapitalistischer Staaten und von Großunter-
597 nehmen, die global operieren und billigend den millionenfachen Menschenrechtsbruch in Kauf nehmen, den
598 sie durch ihre unternehmerischen Tätigkeiten begehen. Die zahlreichen Konventionen für die Rechte indige-
599 ner Menschen, u.a. von den UN, der EU oder der ILO, bleiben überschaubar in ihrer Wirkung. Individualistische
600 Aufrufe, durch das Kaufen und Nicht-Kaufen bestimmter Waren zur Förderung indigener Rechte beizutragen,
601 betrachten wir als weitestgehend wirkungslose Augenwischerei.

602 Die Stimmen von indigenen Völkern, als Jugendverband insbesondere auch junger Stimmen, müssen daher
603 mehr Raum in unserer internationalen Arbeit einnehmen. Gerade in Europa wirken diese Stimmen weit weg,
604 doch sie sind es nicht, denn europäische Politik bestimmt deren Lebensgrundlagen. Wir können keine glaub-
605 würdige und solidarische Politik der internationalen Zusammenarbeit führen, wenn unsere Handelspolitik
606 darauf ausgerichtet ist, durch protektionistische Methoden die Lebensgrundlagen der Länder des globalen
607 Südens zu zerstören. Wir stehen für eine Neuverhandlung der Verträge im Hinblick auf unsere feministischen
608 und ökologischen Grundwerte.

609 Daher sind wir der festen Überzeugung, dass diejenigen, die in einer Region leben, auch maßgeblich darüber
610 bestimmen müssen, was mit ihrer Umwelt geschieht. Kurzfristig fordern wir, dass Ressourcenabbau nur im
611 Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung geschieht, Lieferkettengesetze unternehmerische Tätigkeiten,
612 die indigene Rechte unterwandern, schonungslos verbieten und dort, wo Abbau zugelassen wird, die lokale
613 Bevölkerung maßgeblich davon profitieren kann. Langfristig darf globaler Handel kein Spiel von Profitinter-
614 sen sein, sondern von einem Austausch auf Augenhöhe zur Mehrung des Wohlstands aller Menschen auf der
615 Welt.

616 Auch müssen wir dafür sorgen, dass auch für alle Völkerrechtsbrüche durch die Institutionen (nationalen oder
617 supranationalen) für Gerechtigkeit gesorgt wird – in Form von Rückzahlungen bzw. Annullierung der illegalen
618 Konzessionen von Grundstücken. Unsere Aufgabe muss es sein, die Indigenenverbände in dem rechtlichen
619 Kampf solidarisch zu unterstützen, damit es endlich zur Gerechtigkeit durch die Institutionen kommt.

620 In Zukunft möchten wir uns insbesondere auch mit der Situation der europäischen indigenen Bevölkerungen auseinandersetzen. Hier sind insbesondere die Sami im Norden Norwegens, Schwedens, Finnlands sowie Russlands zu nennen. Das Gebiet Sápmi ist auf vier Staaten mit unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen aufgeteilt. Gemein haben alle die fehlende wirksame politische Repräsentation sowie die Bedrohung der für die Rentierjagd wichtigen Ökosysteme durch die Ausweitung des Abbaus von Eisen und ggf. bald seltener Erden sowie durch Tourismus.

626 **Kolonialgeschichte aufarbeiten – Europa dekolonialisieren – Reparationen leisten**

627 Bis heute ist es kaum im öffentlichen Bewusstsein etabliert, dass das Deutsche Kaiserreich zwischen 1873 und 628 1918 eine Kolonialmacht war. Bereits in den frühen Anfängen der Kolonialzeit im 14. Jahrhundert waren es 629 oft Akteur*innen aus den deutschsprachigen Ländern, die von Kolonialisierung, Sklaverei und der Etablieren 630 von Überseegebieten profitierten. Deutsche siedelten auf indigenem Land, Händler*innen machten Geschäfte 631 mit Ausbeutung lange vor der Gründung eines deutschen Zentralstaates. Kleinere deutsche Staaten versuch- 632 ten öfter, wenn auch oft erfolglos, eigene Territorien für sich zu beanspruchen. Nachfolgestaaten des deut- 633 schen Kolonialreiches sind heute in großen Teilen Togo, Kamerun, Namibia, Tansania, Ruanda, Benin, Papua- 634 Neuguinea, Westsamoa, Mikronesien sowie zu kleineren Teilen die VR China (Qingdao) und Ghana.

635 Deutschland und Europa müssen ihre Kolonialverbrechen aufarbeiten. Der Völkermord an den Herero und 636 Nama im heutigen Namibia sind immer häufiger in der Öffentlichkeit Diskussionsthema, doch das kann nur 637 der erste Schritt sein. Erinnerungskultur, das muss auch heißen, diesen Teil der deutschen Geschichte zu be- 638 trachten: Von den Anfängen bis zu den noch heute bestehenden Netzwerken und Profiteur*innen. Die Dekolo- 639 nialisierung findet in den Schulen, Verbänden und Vereinen, in den Medien sowie in Politik und Zivilgesellschaft 640 statt. Die Leben und Geschichten deutscher BIPOC [Black and Indigenous People of Color] müssen sichtbar ge- 641 macht werden, der alltägliche Rassismus in Kultur und Öffentlichkeit muss offensiv adressiert werden. Es muss 642 ein Ruck durch den ganzen Kontinent gehen, dieses Erbe imperialistischen Schaffens abzuwerfen.

643 Doch das alles wird nicht reichen, die globale Ungerechtigkeit tatsächlich aufzubrechen. Wir fordern Repara- 644 tionszahlungen, die diejenigen möglichst direkt erreichen müssen, die noch heute von den negativen Folgen 645 von Kolonialisierung betroffen sind. Wir wissen heute nicht, wie diese Reparationen aussehen können, wer die 646 Entscheidungsmacht über die Verwendung der materiellen Ressourcen innehaben wird oder wie der Prozess 647 ausgestaltet werden kann. Doch wir bekennen uns klar zur Bereitschaft, den globalen Wohlstand fair aufzutei- 648 len auf Grundlage der Überzeugung, dass die wahren Grenzen dieser Welt zwischen Arm und Reich verlaufen 649 und genug für das gute Leben für alle da ist!

650 III. Eine Welt ohne Waffen schaffen

651 Jede Politik muss zur Abrüstung führen

652 Wir wollen in einer Welt leben, in der Abrüstung durch gewaltfreie Konfliktlösung ermöglicht wird. Eine Welt, 653 in der bilaterale Verträge wie der Atomwaffensperrvertrag, das New Start Abkommen oder der Vertrag über 654 konventionelle Streitkräfte in Europa gemeinsam Sicherheit schaffen. Russlands Austritt aus letzteren beiden 655 zeigt uns, dass bis dahin noch ein weiter Weg vor uns liegt. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Waffen, Arme- 656 en und Militärbündnisse mit einer globalen Friedensarchitektur. Gerade in Zeiten eines weiteren, brutalen 657 Angriffskrieges bleibt unsere Forderung nach Abrüstung Kern unserer internationalen Politik.

658 Wir verurteilen, dass Deutschland einer der weltweit größten Waffenexporteure ist. Waffenlieferungen an 659 Staaten, die Angriffskriege führen oder unterstützen, lehnen wir kategorisch ab. Staaten, die Menschenrechte 660 mit Füßen treten und missachten, sind inakzeptabel. Das gilt insbesondere für die anhaltenden Waffenlie- 661 ferungen an die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Ägypten mit ihrer Beteiligung am Krieg 662 gegen den Jemen.

663 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein weiterer Einschnitt im Versuch, auf dem ganzen euro- 664 päischen Kontinent Frieden zu bewahren. Für uns ist klar: Diejenigen, die sich gegen Angriffskriege wehren 665 und drohen, das Ziel von Kriegsverbrechen zu werden, haben ein Recht auf Selbstverteidigung. Dieses kann 666 nicht immer unbewaffnet durchgesetzt werden. Wir können pauschale Ablehnungen jeder Art der Lieferung 667 von Waffen zu Verteidigungszwecken nicht nachvollziehen und halten es für falsch, in der momentanen Welt 668 ein kategorisches Nein dieser Art auszusprechen. Konflikte sind komplex und verdienen jeweils eine eigene 669 Abwägung, insbesondere unter Berücksichtigung der progressiven und sozialistischen Stimmen unter den Be- 670 troffenen. Unsere Ablehnung kapitalistischer Staaten und unsere Opposition zu Waffenexporten steht nicht

671 im Widerspruch zu dieser Haltung, denn unser Ziel bleibt erhalten. Doch es sind nicht diejenigen, die angegrif-
672 fen und verfolgt werden, die für dieses Ziel entwaffnet werden dürfen, sondern diejenigen, die Angriffskriege
673 anzetteln.

674 Wir bekennen uns daher sowohl zum obersten Politikziel, Abrüstung herbeizuführen, wie auch zur Ausstattung
675 der Menschen, die sich heute in der Ukraine gegen die russische Invasion verteidigen, mit Waffen, Munition
676 und Rüstung zu Verteidigungszwecken. Wir evaluieren die Situation regelmäßig und bestehen darauf, dass
677 der Dienst an der Waffe abgelehnt werden kann und Fluchtwege offengehalten werden. Niemand darf zum
678 Kriegsdienst gezwungen werden, auch nicht in Kriegssituationen.

679 Die Unterscheidung von Waffenexporten und Waffenlieferungen beziehen wir auf monetäre Gegenleistun-
680 gen bzw. deren Ausbleiben. Waffenlieferungen erfolgen als Unterstützung gegen Angriffe oder Bedrohungs-
681 situationen, Waffenexporte erwarten finanzielle Gegenleistungen und werden in der heutigen Zeit auch an
682 kriegführende Staaten und Diktaturen geleistet, davon profitieren Einzelpersonen und Unternehmen. Diese
683 Waffenexporte lehnen wir entschieden ab. Rüstungsindustrien müssen verstaatlicht und unter strenger Kon-
684 trolle gestellt werden. Kein Mensch darf finanziell von der Herstellung und der Verteilung von Waffen, Munition
685 oder Rüstung profitieren, niemals und nirgendwo.

686 Wir Jusos stellen uns hinter die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, die Frieden sichern,
687 Konflikte entschärfen und zur Abrüstung beitragen. Besonders hervorzuheben ist hierbei die NPT Konvention,
688 welche die Proliferation von Nuklearwaffen unterbindet, sowie das Programme of Action to Prevent, Combat
689 and Eradicate the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects (PoA), welche den Verkauf
690 von Waffen an terroristische und verbrecherische Gruppierungen erschweren soll. Wir sprechen uns entschie-
691 den für die Einhaltung der Genfer Konvention aus, und fordern alle Staaten auf, diese einzuhalten. Dies gilt
692 vor allem für den Schutz der Zivilbevölkerung in aktiven Kriegsgebieten, welche für uns allerdings nicht mit
693 der Einstellung der Kampfhandlung enden. So zeigt die Gefahr durch Landminen, dass die Bevölkerung noch
694 Jahre nach den Kriegen durch diese bedroht ist. Wir fordern daher alle Staaten auf, der Ottawa-Konvention
695 beizutreten, sehen dies aber nur als ersten Schritt in der Sicherstellung lebenswerter und menschengerechter
696 Zustände in ehemaligen Kriegsgebieten.

697 Waffenlieferungen

698 Wir sehen Waffenlieferungen immer als letztes Mittel an und setzen uns für eine friedliche Lösung von Kon-
699 flikten ein. Waffenlieferungen sind wie schon beschrieben nicht kommerziell und werden meist an Bündnis-
700 partner*innen oder nahestehenden Nationen geleistet, wie im Beispiel des Angriffskriegs Russlands auf die
701 Ukraine.

702 Befinden sich Bündnispartner*innen in einer bedrohlichen Lage, dann ist es die Aufgabe von Deutschland
703 Waffenlieferungen für einen Kriegszustand zuzusichern, sollte ein Krieg ausbrechen und unsere Partner*innen
704 auf diese Waffen angewiesen sein. Mit einer Zusicherung ist noch keine Lieferung verbunden. Diese erfolgt
705 erst nach dem Kriegsausbruch. Hierbei müssen Wege geschaffen werden, zugesicherte Waffen schnell an die
706 Partner*innen liefern zu können.

707 Werden Staaten angegriffen, die nicht im direkten Bündnisbeziehungen stehen, müssen ebenfalls unterstüt-
708 zende Lieferungen möglich sein, allerdings ebenfalls strenge Kriterien angewandt werden.

709 Wir fordern, dass nur Staaten Waffenlieferungen erhalten, die sich einem unrechtmäßigen Angriffskrieg eines
710 anderen Staates ausgesetzt sehen. Durch die gelieferten Waffen darf nur die Landesverteidigung unterstützt
711 werden, keine Gegenangriffe auf gegensätzliche oder dritte Staatsgebiete. Des Weiteren sollen nur Staaten
712 beliefert werden, die stabile demokratische Strukturen und Rechtsstaatlichkeit aufweisen. Die Bewertung soll
713 anhand transparenter Richtlinien und einer konkreten Einzelfallbewertung erstellt werden. Darüber hinaus
714 muss sichergestellt werden, dass die Waffen nicht unkontrolliert an Dritte weitergegeben werden, sondern
715 stattdessen durch Verträge sichergestellt werden, dass die Waffen im Anschluss an die Beilegung des Konflikts
716 zurückgegeben werden.

717 Präventive Waffenlieferungen bevor der Krieg ausbricht, lehnen wir ab. Würde Deutschland Waffen in alle
718 Länder liefern, in denen ein Krieg droht, würde man so nur militärische Bestrebungen zur Lösung des Konflikts
719 unterstützen. Außerdem kann nicht gesichert werden, dass die Waffen nicht in die falschen Hände geraten,
720 sollte der Krieg nicht wie erwartet ausbrechen. Durch präventive Waffenlieferungen kann das oberste Ziel, die
721 friedliche Lösung der Konflikte und die Vermeidung von Waffenlieferungen nicht erreicht werden.

722 Non-state actors sind in diese Kriterien explizit miteinbezogen. Verfasste Gruppen, die sich klar definieren
 723 lassen, aber keine anerkannten staatlichen Merkmale aufweisen, können Unterstützung gegen Angriffe und
 724 Repressionen erhalten. Auch müssen demokratische und rechtsstaatliche Kriterien angelegt werden und von
 725 Fall zu Fall unterschieden werden.

726 Wir beobachten weiterhin die Lage in Taiwan und erkennen an, dass wir uns unter Umständen im Kriegsfall
 727 einer Diskussion über Waffenlieferungen stellen müssen.

728 Waffenexporte

729 Innerhalb von Bündnissen sollen Waffenexporte an verbündete Staaten möglich sein, um eine Bündnisver-
 730 teidigung zu ermöglichen. Auch wenn künftige Bündnisse an Kriterien wie Demokratie und Rechtsstaat aus-
 731 gerichtet werden sollen, fordern wir, dass bei künftigen Exporten von Waffen die einzelnen Situationen be-
 732 trachtet werden, um zu verhindern, dass verbündete Staaten bei völkerrechtswidrigen bewaffneten Aktionen
 733 unterstützt werden.

734 Zukünftig wollen wir Bündnisstrukturen, innerhalb derer nicht einzelne Staaten Waffen, Panzer und Flugzeuge
 735 herstellen und am Verkauf an andere Staaten, die selbst nicht herstellen, monetär profitieren. Stattdessen sol-
 736 len gemeinsame Strukturen aufgebaut werden, die eine gemeinsame Finanzierung, Herstellung und Verteilung
 737 von Rüstungsgütern innerhalb des Bündnisses koordinieren. Diese Strukturen sollen Waffenexporte innerhalb
 738 des Bündnisses obsolet machen. Exporte an Staaten außerhalb des Bündnisses lehnen wir ab, sofern keine
 739 Assoziierung an das künftige Verteidigungsbündnis besteht. In diesem Fall muss eine Bedrohungslage vorlie-
 740 gen und es sollen dieselben Kriterien wie bei Waffenlieferungen gelten, diese aber noch strenger ausgelegt
 741 werden. Exporte in Kriegsgebiete lehnen wir ab.

742 Wir setzen uns dennoch dafür ein, dass langfristig eine globale Abrüstung stattfindet, um Konflikte auf fried-
 743 liche Art und Weise lösen zu können. Wir glauben, dass die Welt sicherer und stabiler wird, wenn weniger
 744 Waffen vorhanden sind und stattdessen auf Verhandlungen, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit
 745 gesetzt wird. Daher ist es unser Ziel, Waffenlieferungen und Exporte auf ein Minimum zu beschränken und
 746 langfristig eine friedliche Welt ohne militärische Konflikte zu erreichen.

747 Leider ist Deutschland ein großer Waffenexporteur in instabile Regionen und stützt damit autoritäre Regime
 748 zum Leid anderer und für den Profit der eigenen Rüstungsindustrie. Für uns bleibt aber klar, dass mit Waffen,
 749 militärischem Equipment und der Ausstattung für Sicherheitsbehörden keine Profite gemacht werden dürfen.
 750 Dazu muss die Rüstungsindustrie verstaatlicht und klare Regeln für ausländische Unternehmen mit Fertigung
 751 in Deutschland geschaffen werden. Diese müssen unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden und für
 752 sie müssen dieselben Kriterien wie für die deutsche Industrie gelten.

753 Wir kritisieren, dass besonders sensible Entscheidungen über Rüstungsexporte nur der Bundessicherheitsrat,
 754 dessen Sitzungen geheim stattfinden, trifft. Der Export sowie die Lieferung von Waffen muss vielmehr von
 755 dem Willen der Bürger*innen legitimiert sein und bedarf somit der Genehmigung des Parlaments.

756 **Unsere Forderungen für eine Welt ohne Waffen:**

757 • langfristiges Ziel: eine Welt ohne Waffen, Armeen und Militärbündnisse mit einer globalen Friedensar-
 758 chitektur

759 • Es soll nur Staaten Waffenlieferungen erhalten, die sich einem unrechtmäßigen Angriffskrieg eines an-
 760 deren Staates ausgesetzt sehen

761 • Waffenlieferungen und Exporte nur als letztes Mittel

762 • Keine Profite mit Waffen! Rüstungsindustrie verstaatlichen

763 • Keine präventiven Waffenlieferungen

764 • Lieferung von Waffen bedarf Legitimierung durch das Parlament

765 IV. Europa & Militärallianzen

766 Die NATO auflösen – niemals auf Kosten Ost- & Mitteleuropas!

767 Aktuell stehen wir vor einer Welt, in der einzelne Staaten ihre Interessen mit Waffengewalt durchsetzen wollen
 768 und Autokraten durch imperiales Großmachtstreben andere Staaten von der Landkarte tilgen wollen. Damit

769 einher gehen massive Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, Mord und Verschleppung und nukleare Bedro-
770 hung.

771 Der globale Kapitalismus ergibt in seiner Natur eine Gefahr für den Frieden und großes Potential, wenn nicht
772 Zwang zum bewaffneten Krieg und militärische Auseinandersetzungen. Der sich immer weiter radikalisierende
773 Markt jagt um den Globus, immer auf der Suche nach neuen Märkten, auf der Suche nach neuem "Potential"
774 und auf der Suche nach Systemen, die er zerstören kann, die er von sich abhängig machen kann. Dieser Drang
775 des Kapitalismus wird immer Leid und Elend, immer Ungleichheit und immer Perspektivlosigkeit erzeugen und
776 somit immer zu bewaffneten Konflikten führen.

777 Imperiales Großmachtstreben ist zudem in weit mehr Köpfen verhaftet, als wir uns das eingestehen wollen.
778 Nationalismus ist der letzte Schlupfwinkel, in den die politische Rechte immer flüchten werden und ihre größte
779 Motivation für Hass auf andere Nationen und Völker. Im 21. Jahrhundert berufen sich Staatschefs in Russland,
780 Ungarn, China und weitere Autokratien auf ihrer Meinung nach unberechtigte Teilungen aus den Anfängen des
781 letzten Jahrhunderts und vermeintlichen Berechtigungen aus noch weiter vergangenen Tagen. Der Imperialismus
782 feiert in Zeiten der erstarkenden extremen Rechten ein Comeback.

783 Ausufernder Kapitalismus und erstarkender Imperialismus üben immense Gefahren für Staaten aus, die sich
784 den kapitalistischen Zwängen des weltweiten Kapitals oder imperialen Bestrebungen ihrer Nachbarn nicht
785 beugen wollen. Russlands brutaler Krieg gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine zeigt das einmal mehr.

786 In solchen Zeiten müssen souveräne Staaten sich und ihre freiheitliche Grundordnung verteidigen können. Ei-
787 ne demilitarisierte Welt, die immer unsere Vision war und auch bleiben muss, ist damit ein Stück weiter in die
788 Ferne gerückt. Verteidigungsfähigkeit ist wichtig und im Sinne einer antimilitaristischen Sichtweise ist es es-
789 sentiell, militärischer Gewalt nicht schutzlos entgegenzutreten, sondern immens wichtig sich und freiheitliche
790 Werte zu verteidigen.

791 Damit dabei das Recht des Stärkeren nicht siegt, sind Militärbündnisse leider notwendig. Auch wenn es pa-
792 radox anmutet: Antimilitarismus bedingt in Zeiten eines erstarkenden Imperialismus die Notwendigkeit für
793 Militärbündnisse.

794 Es bleibt allerdings dabei: Die NATO in ihrer heutigen Form lehnen wir ab. Wir lehnen die aktuellen Struk-
795 turen, die undurchsichtig und wenig demokratisch sind, ab. Sie wurde als kollektives Verteidigungsbündnis
796 begründet und sollte eine Vereinigung demokratischer, marktwirtschaftlich organisierter Systeme sein. Die
797 Scheinheiligkeit hinter dieser Aussage vor allem im Bezug auf die türkische NATO-Politik ergibt für uns eine
798 klare Ablehnung der Nato in ihrer jetzigen Form.

799 Autokratisch geführte Staaten sollten nicht Teil eines Bündnisses sein, das für die freiheitliche Grundordnung
800 und Demokratie eintreten soll. Die Türkei befindet sich seit 2005 im freien Fall in Bezug auf Menschenrechte,
801 Pressefreiheit und Frauenrechte, zusätzlich schränkt die Erdoğan Regierung die politische Opposition massiv
802 ein. Trotzdem ist die Türkei immer noch Teil der NATO und blockiert den Beitritt Schwedens und Finnlands, die
803 Sicherheit vor Russland suchen. Er erpresst die westliche Welt, um Unterstützung für ihren völkerrechtswidri-
804 gen Kampf gegen Kurdinnen in der Türkei und der Autonomieregion Rojava in Nordsyrien und dem Nordirak
805 zu erhalten. Dabei wurde in den syrischen Bürgerkrieg eingegriffen und kurdische Truppen angegriffen, die als
806 Verbündete der NATO gegen den sogenannten Islamischen Staat kämpften. Kurdinnen werden in der Türkei
807 beständig unterdrückt und ihre Gebiete brutal bombardiert. Die Türkei versucht auch, politisch geflüchtete
808 Kurd*innen aus NATO-Staaten auszuliefern. Zudem versucht Erdoğan beständig, geopolitische Vorteile durch
809 Waffengewalt durchzusetzen. Gerade durch die massiven Drohungen gegen Griechenland und die De-facto
810 Besetzung Nordzyperns versucht die Türkei beständig geopolitische Vorteile durch Waffengewalt durchzuset-
811 zen. Dies ist als illegitim anzusehen und könnte einen Bündnisfall auslösen. Solch aggressives Verhalten, wie
812 das des türkischen Diktators Erdogan ist nachweislich deutlich öfter von autokratischen Regimen zu beobach-
813 ten. Demokratien führen deutlich seltener Kriege und noch seltener lösen sie Kriege durch eigenes Handeln
814 aus. Kein Staat, der bewaffneten Kampf als legitimes Mittel ansieht, darf ein vollwertiges Nato-Mitglied sein.
815 Deswegen muss klar gelten: Autokratien dürfen nicht Teil von freiheitlichen Verteidigungsbündnissen wer-
816 den.

817 Doch nicht nur im Umgang mit Autokratien handelt die NATO entgegen ihrer eigenen Werte, in der 2022 be-
818 schlossenen Madrid Summit Declaration werden weitere Punkte deutlich, bei der die Beschlüsse weit weg
819 von der Realität des Militärbündnisses liegen. Hier gilt vor allem der eigene Anspruch an den Umgang mit

820 der Klimakrise. Es wird festgehalten, dass zwar die CO₂-Emissionen gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert werden soll, jedoch mit Beibehaltung der Abschreckungspolitik. In Zusammenhang mit Armeen als großen Emittenten und ohne Erfassung der CO₂-Emissionen scheint dieses Ziel aber nichts weiter als Greenwashing.

824 Ein weiterer Punkt, den wir in der momentanen Sicherheitsstruktur ablehnen, ist die Polarisierung und Viktimisierung von Geflüchteten als Sicherheitsrisiko für die alliierten Staaten. Militäreinsätze allein zum Schutz von Grenzlinien lehnen wir mit aller Härte ab. Vor allem dann, wenn Menschenleben vorsätzlich gefährdet werden, um die eigenen Interessen der Abschottungspolitik zu verfestigen, stellen wir uns klar gegen die Doppelmoral hinter diesen NATO Beschlüssen.

829 Die generelle Struktur der NATO, die auf undemokratischen Beschlüssen hinter verschlossenen Türen stattfindet, lehnen wir ab. Wenn es um das elementarste Bedürfnis nach Sicherheit geht, dürfen Einzelstaaten die Bühne des Militärbündnisses nicht für ihre eigenen machtpolitischen Interessen nutzen, wie es momentan der Fall ist. In diesem Zusammenhang lehnen wir vor allem das Vetorecht einzelner Mitglieder und die Entscheidungsfindung in nicht-gewählten, rein von Regierungsvertreter*innen besetzten Gremien ab.

834 Aus dieser Analyse leiten wir Forderungen ab, die wir im folgenden Teil in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele einordnen und dementsprechend zunehmend weniger realpolitisch formuliert sind.

836 **Unsere kurzfristige Bündnispolitik hier & jetzt**

837 Kurzfristig fordern wir, dass die Machtpolitik innerhalb der NATO keine übergeordnete Rolle spielen darf. Uns sind die Zusammenhänge der momentanen Weltordnung und realpolitischen Zwängen bekannt, fordern aber dennoch, dass die Sicherheit der vielen über strategische und machtpolitische Spiele von einzelnen Akteur*innen gestellt wird.

841 Zudem fordern wir eine Demokratisierung der NATO-Strukturen auf allen Ebenen. Ein solcher Demokratisierungsprozess muss umgehend eingesetzt werden und kann nur im Einklang mit einer breiten Sicherheitsdefinition und entgegen nationalen oder eurozentristischen Sicherheitsinteressen erfolgen.

844 In diesem Zusammenhang fordern wir auch einen konsequenten Umgang mit Autokratien innerhalb des Bündnisses ein. Konsequenzen können hier unter anderem eine Übergangsregelung mit Ansprüchen lediglich Mindestmaß an Schutz und Kooperation bedeuten, hin zu einem permanenten Ausschluss aus der NATO. Im Fall der Türkei fordern wir deshalb: Die Bundesregierung und die Nato-Partner müssen alle militärischen Unterstützungen an die Türkei einfrieren, mittels Sanktionen erreichen, dass die türkischen Angriffe auf Kurdistan gestoppt werden und die Türkei muss bis zu einem Einlenken und einer Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und friedlicher Außenpolitik in einen Schwebestand versetzt werden, der sie von Abstimmungen ausschließt und ihnen nicht die Unterstützung-Zusicherungen einer vollwertigen Mitgliedschaft ermöglicht.

852 Kurzfristig, das heißt während des aktiven Kriegs Russlands gegen die Ukraine, wollen wir die Aufnahme von weiteren Staaten nicht ausschließen. Die Ausnahmesituation hat reelle Folgen für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen vor allem in den Nachbarländern Russlands. Ihnen den Schutz zu verwehren, sehen wir als nicht gerechtfertigt an, betonen aber weiterhin, dass dies lediglich eine kurzfristige Maßnahme im Sinne der dramatischen Umstände ist und darüber hinaus nicht angewandt werden darf.

857 Wir streben zudem umgehend eine Reform des UN-Sicherheitsrates an. Wie auch innerhalb der NATO sprechen wir uns gegen ein Vetorecht aus und fordern eine Abkehr von der momentanen, zwei-klassen Mitgliederstruktur, da diese die Effektivität des Rates einschränkt und damit auch einen negativen Effekt auf die Seriosität der UN hat.

861 **Mittelfristig zu einer echten, demokratischen Verteidigungsallianz**

862 Wir fordern daher, dass die Nato mittelfristig durch ein Verteidigungsbündnis abgelöst wird, innerhalb dessen sich liberale und rechtsstaatlich organisierte Demokratien zusammenschließen, abgelöst werden soll. Das Bündnis soll die Verteidigung der Mitgliedstaaten sicherstellen und sich für die Herstellung einer globalen Friedens-Architektur und (atomare) Abrüstung einsetzen.

866 Das Bündnis soll demokratisch organisiert werden und demokratische Beschlüsse nicht durch Vetorechte eingeschränkt werden. Die demokratische Verfasstheit und Zustände der Mitgliedstaaten sollen durch die Organisation gemonitort werden. Staaten, die Autokratisierungstendenzen zeigen, sollen in einen Schwebestand

869 versetzt und bei anhaltender Entwicklung auch ausgeschlossen werden.

870 Das Bündnis soll Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und gemeinsam die angemessene Versorgung von Rüs-
871 tungsgütern organisieren. Dazu braucht es gemeinsame Herstellung und Konzeptionierung der Rüstungsgüter
872 statt Waffenexporte verschiedener Systeme untereinander. Zahlreiche unzureichend ausgestattete nationale
873 Armeen sind nicht nur wenig sinnvoll – sie sind auch zu teuer. Es sollte auf redundante Waffen- und Aus-
874 rüstungssysteme verzichtet, Technik besser aufeinander abgestimmt und Ressourcen und Fähigkeiten besser
875 koordiniert und gebündelt werden.

876 Staaten, die Mitglieder werden wollen, müssen demokratische und rechtsstaatliche Kriterien erfüllen. Dazu
877 zählen freie Wahlen, umfassende Rechte für LGBTIQ+ Personen, keine systematische Unterdrückung von Frau-
878 en, Möglichkeit zum demokratischen Machtwechsel, freie Presse- und Meinungsfreiheit und Korruptionsbe-
879 kämpfung.

880 Staaten können bei unzureichender Erfüllung der Kriterien Assoziierungsmitglieder werden, müssen damit
881 einhergehend Fortschritte in den verletzten Kriterien vorweisen und können eingeschränkten Schutz erhalten.
882 Dieser kann beinhalten, dass das Bündnis sich entscheidet, im Angriffsfall unterstützend einzugreifen oder
883 Waffen zur Unterstützung zu liefern, jedoch keinen pauschalen Bündnisfall auslöst.

884 Das Bündnis muss klare und enge Grenzen ihrer Befugnisse haben. Entsprechend lehnen wir jegliche Art der
885 Angriffskriege oder sonstigen Aggressionen gegenüber Drittstaaten ab. Eine territoriale Ausweitung der Mit-
886 gliedstaaten lehnen wir ebenso ab.

887 Im Fall einer Bedrohungslage sollen betroffene Staaten durch Waffenlieferungen und Truppenstationierungen
888 gestärkt werden und im Falle eines Angriffs soll ein verpflichtender Bündnisfall greifen, um die Staaten best-
889 möglich zu verteidigen. In Folge von Angriffen sollen humanitäre Hilfen für die Zivilbevölkerung organisiert
890 werden und im Hinblick auf eine feministische Außenpolitik ein besonderer Fokus auf den Schutz von Frauen
891 und Inter-Personen gelegt werden. Gerade in der aktuellen Zeit, in der, wie u.a. durch den russischen Angriffs-
892 krieg sichtbar, sexuelle Gewalt zur Demoralisierung der Gegner eingesetzt wird, bedürfen Frauen und Inter-
893 Personen besonderen Schutz. Die Verteidigungspolitik des Bündnis muss deshalb feministisch gedacht wer-
894 den. Nach einer bewaffneten Auseinandersetzung muss das Bündnis den Wiederaufbau unterstützen.

895 Friedensmissionen, humanitäre Missionen sollen nur im engen Rahmen und nach strengen Kriterien bei Ge-
896 nozid, ethnischer Säuberung, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschheit, erfolgen. Da die hu-
897 manitäre Intervention aus den Gräueltaten des Holocaust hervorging, sehen wir die Legitimität im momenta-
898 nen Staatensystem zum Schutz der Bevölkerung gegen die Interessen der Herrschenden zumindest teilweise
899 begründet, sehen aber auch die ständige Gefahr der eurozentristischen und hypokritischen Anwendung ge-
900 geben. Die bisherige Anwendung von humanitären Interventionen, die immer auch im Zusammenspiel mit
901 westlichen ökonomischen oder machtpolitischen Interessen einhergingen, lehnen wir ab.

902 Non-state-actors können keine vollwertigen Mitglieder werden, aber als Assoziierungsmitglieder Schutz und
903 Garantien erhalten. Dazu müssen sie ebenso Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erfüllen. Non-
904 state-actors, die Staatlichkeit anstreben, befinden sich in den meisten Fällen in Konflikten mit den Staaten,
905 die Ansprüche auf ihr Gebiet erheben. Eine direkte Einbeziehung der Akteure nach strengen Kriterien, wie
906 an Staaten, ist deshalb kaum möglich und würde Konfliktlinien öffnen. Allerdings sollen non-state-actors als
907 assoziierte Partner an das Bündnis gebunden werden, um ihre Bestrebungen zu unterstützen und ihrer Be-
908 völkerung Schutz zu gewähren. Beispiel für eine solche Mitgliedschaft wäre die kurdische Autonomieregion
909 Rojava, die beispielsweise zu Recht auch schon bei noch nicht ausreichender Erfüllung der Kriterien der Staat-
910 lichkeit gegen den IS und den syrischen Diktator Assad unterstützt wurde, auch ohne Teil der Nato zu sein. Das
911 Bündnis sollte künftig in solchen Fällen allerdings zügiger autonomiestrebenden Regionen, die eigene Staat-
912 lichkeit schaffen, anerkennen und sie als vollwertige Mitglieder behandeln. Mittlerweile erfüllt beispielsweise
913 Rojava einige Kriterien der Staatlichkeit und sollte durch Deutschland als Staat anerkannt werden.

914 Innerhalb des Bündnisses fordern wir die Schaffung eines appellativen Gerichtshofs. Dieser soll Konflikte zwi-
915 schen den Staaten lösen, Verstöße gegen die Grundsätze innerhalb von Bündnisstaaten verurteilen und glo-
916 bale Verstöße anprangern.

917 Trotz allem: Wir kämpfen für die globale Friedensarchitektur

918 Unserer langfristiger Entwurf einer globalen Friedensarchitektur steht im Widerspruch zur momentan allge-
919 genwärtigen Abschreckungspolitik. Eine solche Weltordnung kann nur von der globalen arbeitenden Klasse
920 erfolgen, muss feministischen Grundsätzen folgen und darf nicht von Staaten diktiert werden oder von Gren-
921 zen und nationalistischen Ressentiments eingeschränkt werden. Eine Abkehr vom Kapitalismus und dem da-
922 mit einhergehenden Imperialismus betrachten wir hierfür genauso notwendig, als das Ziel einer weltweiten
923 totalen (atomaren) Abrüstung. Dazu braucht es eine globale Organisation für Frieden und Verständigung, die
924 demokratisch organisiert bei Konflikten einschreitet und den Frieden sicherstellen kann. Auch ein kurzfristig
925 notwendiges und optimiertes oder mittelfristig notwendiges und neu aufgebautes Bündnis müssen dann in
926 einer globalen Ordnung aufgehen und von einer nachhaltigen Friedens-Architektur abgelöst werden. Wie ge-
927 nau wir uns dies vorstellen, soll im nächsten Schritt erarbeitet werden. Fest steht: unsere Utopie bleibt eine
928 Welt ohne Waffen, Armeen und Militärbündnisse!

929 Keine EU-Integration über eine Armee

930 Grundsätzlich setzen wir uns für eine stärkere EU Integration ein, sehen aber in einer europäischen Armee, die
931 zu dieser beitragen soll, einen klaren Widerspruch zu unserer antimilitaristischen Grundhaltung. Denn eine eu-
932 ropäische Integration mit einer gemeinsamen Armee zu fordern würde eine Naturalisierung und Legitimation
933 auch auf dieser Ebene bedeuten. Die EU als sog. Friedensprojekt durch die Forderung einer europäischen Ar-
934 mee einen militärischen Unterbau zu verleihen, ist konträr zu unserem Verständnis von Friedenspolitik. Wenn
935 eine europäische Integration gelingen soll, muss diese über verbindende und inklusive Werte erfolgen und
936 darf nicht auf Waffengewalt begründet sein. Wir setzen uns weiterhin für ein Europa der Regionen und den
937 Aufbau föderaler Strukturen innerhalb der EU ein.

938 Auch im Hinblick auf eine feministische Außenpolitik müssen wir statt einer weiteren militärischen Ebene,
939 egal wie diese ausgestaltet werden würde, eine grundsätzliche Neuorientierung der Außenpolitik schaffen.
940 Armeen und dahingehend auch militärische Konflikte sind die höchste Stufe der imperialistischen Auseinan-
941 dersetzen in einer kapitalistischen Welt. Sehen wir also den Kapitalismus als Folge des Patriarchats, können
942 wir unsere feministische Außenpolitik nicht mit Waffengewalt begründen. Die EU – besonders im Hinblick auf
943 ihre unrühmliche und menschenverachtende Politik an ihren Außengrenzen durch Frontex und die Billigung
944 tausender Toter durch unterlassene Hilfeleistung auf dem Mittelmeer – muss sich zuallererst auf gemeinsa-
945 me liberale Werte einigen und verpflichten, bevor sie überhaupt glaubwürdig sicherheitspolitisch tätig werden
946 kann, geschweige denn militärisch koordiniert agieren sollte.

947 Darüber hinaus ist die Bildung einer europäischen Armee nicht in einem notwendigen Zeitrahmen, der ein
948 solches Vorhaben rechtfertigen würde, umsetzbar und langfristig läuft sie der Zielsetzung "EU als Friedens-
949 projekt" entgegen.

950 Kurzfristig ist die Umsetzung nicht stemmbar. Zu viele verschiedene Standards, Organisationsweisen und na-
951 tionale Interessen würden eine Zusammenarbeit und einen Zusammenschluss auf Jahre verzögern. Die EU ist
952 aktuell gespalten wie nie, Großbritannien ausgetreten, Polen und Ungarn verstoßen gegen Rechtsstaatlichkeit
953 und Demokratie, der Verwaltungsapparat in Brüssel arbeitet ineffizient und die politischen Entscheidungsträ-
954 ger*innen werden weniger durch Europawahlen als durch Machtspiele zwischen Paris und Berlin geregelt. Der
955 EU fehlt jede Legitimität, um ein Verteidigungsbündnis zu bilden, schon gar nicht um eine gemeinsame Armee
956 zu organisieren: Wir bekennen uns zur demokratischen Kontrolle der Bundeswehr durch den Bundestag. Ei-
957 ne europäische Armee müsste diesem Verständnis nach auch durch ein europäisches Parlament kontrolliert
958 werden. Wie aber kann das gelingen, wenn das Parlament in wichtigen Fragen unmündig ist, die Regierungs-
959 strukturen undemokratisch und mit Polen und Ungarn zumindest zwei Staaten enthalten sind, die mindestens
960 starke Autokratisierung zeigen, wenn nicht schon in Teilen stabile Autokratien sind. Zuerst muss eine europäi-
961 sche Einheit hergestellt werden, bevor Überlegungen nach einer gemeinsamen Armee angestrengt werden
962 sollten. Diese Einigkeit ist aktuell noch weit entfernt!

963 Den russischen Aggressionen kann darüber hinaus nur ein Bündnis unter Beteiligung der USA und in Verstän-
964 digung mit außereuropäischen Partner*innen etwas entgegengesetzt werden. Die NATO ist dabei allerdings wie
965 gezeigt reformbedürftig – darauf müssen die Anstrengungen verwendet werden, um europäische Sicherheit
966 zu erreichen.

967 Mittelfristig, in einer Zeit, in der Bündnisse notwendig bleiben, gibt es keine Rechtfertigung, warum sich die eu-

968 ropäischen Staaten nur eurozentristisch untereinander schützen sollten und mit Autokraten vor der eigenen
969 Haustüre lieber zusammenarbeiten sollten, als mit weiter entfernt liegenden, aber dafür politisch deutlich nä-
970 her stehenden liberalen Demokratien. Mittelfristig streben wir ein Bündnis der Demokratien an, das nationale
971 Armeen weniger bedeutend werden lassen soll. Innerhalb dieser Strukturen kann sich die EU stark beteiligen,
972 sollte aber in keinem Fall eine Konkurrenz dazu aufbauen.

973 Langfristig streben wir eine globale Architektur des Friedens an, die Verteidigungsbündnisse obsolet machen
974 soll. So auch eine potentielle europäische Armee, wie auch die nationalen Armeen.